

# Volkswacht.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Postzeitungsliste  
Nr. 5540.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Teil: Fritz Kunert, Breslau, Wilhelms-Ufer 1.

Postzeitungsliste  
Nr. 5540.

Die „Schlesische Volkswacht“ ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 61, durch die Post, durch Colporteurs zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf.

Sonntag, 1. März 1891.

Die „Schles. Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal. Der Inseratenpreis für die 5 gespaltene Zeilen beträgt 20 Pf.

## Duell mit einer Wanze.

In eigener Sache.

Durch den Probenummer-Artikel der „Volkswacht“, der die Breslauer kapitalistische Presse behandelte, fühlte sich eines der edelsten Preßzeugnisse Breslaus besonders stark beschwert. Natürlich der vortreffliche „General-Anzeiger“.

Diejenige Stelle unseres Artikels, welche die zartesten Seiten seines Gemütes besonders unangenehm berührt hatte, lautet wörtlich:

Eine ganz besondere Plage ist der „Breslauer General-Anzeiger“. Die „Schlesische Zeitung“ und die „Morgen-Zeitung“, haben Großkapitalisten geschaffen, der „General-Anzeiger“ ist das Geschöpf von Großkapitalisten und hat den schönen Zweck, große Kapitalien zu verzehren.

Der „Breslauer General-Anzeiger“ hatte von vorn herein nämlich eine ganz bestimmte Tendenz; dieselbe gipfelte in der Aufgabe, die „Breslauer Morgen-Bl.“ umzubringen, nicht etwa aus politischen Gründen — den abse — nur nach dem edeln Grundsatz: ein Großkapitalist frisst den kleineren. Die von der „Morgen-Zeitung“ waren aber gar nicht klein und ließen sich nicht fressen; das war und ist das Recht des „General-Anzeigers“. Der „General-Anzeiger“ war nun aber einmal für das Kapitalienverzehren geschaffen, deshalb frisst er vorläufig die eigenen. Zum Trost für seine Schöpfer sind viele ihrer übrigen Kinder — wo überall sitzen doch seine Geschwister, lieber „General-Anzeiger“? — mit mehr Glück und besseren Preßwerkzeugen versehen und bringen in Frankfurt a. M., Halle, Leipzig u. s. w. das G. d. wieder reichlich ein, was in Breslau in Hunderttausenden von Mark mit Rotationspressendruck zu Papier verarbeitet wird.

Die Kapitalisten, welche hinter dem „General-Anzeiger“ stehen, mögen sich ihr Breslauer Glas zu überlassen gar nicht recht erklären können, — sie bilden sich ein, das Volk zu kennen und sind gewöhnt, mit Erfolg auf die Dummheit zu spekulieren. Die Dummheit sind und bleiben nach der festen Überzeugung der Herren vom Geldsack die große Mehrheit der Volksmassen, und als Leitorgan für diese Sorte Menschen ist der „General-Anzeiger“ vorzüglich eingerichtet, hat er es doch schon bis zu Leitartikeln über Kaninchensucht als Mittel zur Lösung der sozialen Frage gebracht. Trotz alledem bleibt der „Breslauer General-Anzeiger“ ein Faß, das keinen Boden hat. Undankbares Volk!

Darob entbrannte der tapfere Anzeiger in hellem Zorn, schimpfte wie besessen und verklagte uns schließlich. Der Hauptverhandlungstermin war auf den 19ten Februar angesetzt worden.

Der Termin aber fand nicht statt; denn das Amtsgericht denkt und die Reichsverfassung lenkt, wie ein uraltes Sprüchwort behaupten soll.

Und das trug sich in höchst einfacher Weise zu. Der für den politischen Teil der „Volkswacht“ verantwortliche Redakteur Fritz Kunert protestierte bei dem hiesigen Amtsgericht gegen die gesetzwidrige Einleitung des Verfahrens und beantragte die sofortige Aufhebung des auf den 19. Februar anberaumten Termins. Er begründete dies damit, daß er auf die Tatsache verwies, daß er Mitglied des Reichstages sei. Dies sei ein Umstand, der zweifellos auch dem Privatkläger bekannt war. —

Jedenfalls sei die Einleitung des Privatklage-Verfahrens nach Artikel 31 der Reichsverfassung durchaus gesetzwidrig. So sei auch die Anberaumung des Termins, sowie der etwaige Versuch der Vorführung des Beklagten zu diesem Termin ganz unzulässig.

In Berücksichtigung dessen, beantragte Kunert ferner die Einleitung der strafrechtlichen Untersuchung gegen den Kläger und gegen denjenigen Beamten, der die Einleitung des Verfahrens unter Androhung

eventueller Vorführung des Beklagten beschlossen hat. Er beantragte dies wegen hier vorliegender Anstiftung zum Mißbrauch der Amtsgewalt und wegen Mißbrauches der Amtsgewalt.

Letztere wird vorliegen, wenn der betreffende Beamte in der Kenntnis der Reichstagsabgeordnetenqualität des Beklagten im vollen Bewußtsein der Tragweite seiner Handlungen gehandelt hat.

Daß schließlich dem Kläger, so schließt Kunert seine dem Amtsgericht zugestellten Ausführungen, bekannt war, daß der Beklagte Reichstags-Abgeordneter, erhellt schon aus seiner angeblichen Stellung als Eigentümer und Verleger eines Breslauer öffentlichen Preßzeugnisses.

Soviel hier über diesen Protest und die damit verbundenen Strafanträge Kunerts, die unter dem 11. Februar 1891 dem Amtsgericht zugesandt wurden.

Der 19. Februar kam heran, der Beklagte blieb ohne Benachrichtigung und begab sich selbstredend nicht zum Termin.

Endlich am 26. (sechszwanzigsten) Februar erfreute ihn folgende posthume, amtliche Zuschrift:

Königl. Amtsgericht. Breslau, den 13. Febr. 1891. X. B. 1161/90.

In der Privatklagesache Werle wider Kunert werden Sie benachrichtigt, daß der auf den 19. Februar 1891, Vormittags 9<sup>3/4</sup> Uhr vor dem hiesigen königlichen Schöffengerichte bestimmte Haupt-Verhandlungs-Termin aufgehoben ist.

Dischner

Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

An den

Redakteur und Reichstags-Abgeordneten

Herrn Fritz Kunert

aus Breslau, z. Z. Berlin.

Bei ihrer bekannten Findigkeit und affenartigen Geschwindigkeit hatte also unsere unübertreffliche Reichspost dreizehn Tage gebraucht, um das Mitglied des Reichstages und den Haupt-Redakteur der „Volkswacht“ und „Nachrichten“, Fritz Kunert in Breslau auffinden zu können.

Wenn wir nun auch auf derartige kleine Schärmmügel im Klassenstaat eingerichtet sind wie die Lungen auf die Einatmung, wenn wir auch hoffen dürfen, unbeschädigt an unserm innern und äußern Menschen durch Dugende ähnlicher Lappalien in bester Stimmung zu marschieren, so können wir unseren Lesern doch nicht verhehlen, daß wir dem Ausgang dieses Zweikampfes mit dem Entsetzen einflößenden „Dr. Gen.-Anz.“ nicht ohne eine gewisse Empfindung des Bangens gegenüberstehen. Woher das kommt?

Unsere Leser glauben, daß wir scherzen?

Nein, es ist uns schrecklicher Ernst.

Damit man unsre Furchtanwandlung jedoch versteht und damit gebührend würdigt, lassen wir unsern Freund Henri Heine für uns das Wort nehmen. Wie verblüffend richtig sind nicht seine Ansichten über des Menschen schlimmste Feinde, wenn er klagt:

Schlimmer als der Zorn von tausend Elefanten ist die Feindschaft einer einzigen kleinen Wanze, Die auf deinem Lager sitzt.

Muß dich ruhig beißen lassen — Das ist schlimm — noch schlimmer ist es, Wenn du sie zerdrückst; der M. haust Quäl dich dann die ganze Nacht.

Ja, das Schrecklichste der Schreden Ist der Kampf mit Ungeziefen, Dem Gestank als Waffe dient, Das Duell mit einer Wanze.

Verehrter Leser, Du wirst nun begreifen, daß ein derartiges Duell unter allen Umständen keine Kleinigkeit ist.

Die Redaktion der „Volkswacht“ und „Nachrichten“.

## Zur Geschichte eines Arbeiterblattes.

Am 28. Januar 1888 hat das erste und bedeutendste Arbeiterblatt der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die „New-Yorker Volkszeitung“, sein zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Es ist auch für die Arbeiterpartei anderer Länder recht lehrreich, zu sehen, wie dieses Blatt geworden und wie es sich entwickelt hat. Seine Entwicklung ist schlagender Beweis für die Fruchtbarkeit freier sozialer Ideen und die Erfolge einer opferwilligen und ausdauernden Hingabe der Arbeiter für ihre Sache.

Das Jahr 1878 mit seinem ungeheuren „Kraus“ brachte eine mächtige Umgestaltung der sozialen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten. Der schöne Aberglaube, wonach in dem „freien“ Lande der Arbeiter unter allen Umständen „seines Lohnes wert sei“ und bleiben werde, sang an, selbst aus den Köpfen der konservativen Arbeiter zu verwinden und die Überzeugung, daß nur eine Umänderung der sozialpolitischen Verhältnisse eine dauernde Besserung bewirken könne, brach sich immer mehr Bahn.

Aber es fehlte den Arbeitern an Mitteln und Wegen, diesen Gedanken gebührenden Ausdruck zu geben und sie in die großen Massen des Volkes zu tragen. Es fehlte an einer einflussreichen Arbeiterpresse. In verschiedenen Staaten wurde eine Reihe von Arbeiterblättern gegründet, aber meistens nur kleinere Organe, die mehr in den beschränkten Kreisen der organisierten Arbeiter ihr Leben fristeten, nicht aber ins Volk über einbrangen. Aber mit jedem Tage fühlte man das Bedürfnis mehr und so kam die Arbeiterpartei von New-York und Brooklyn zum definitiven Beschlusse, am 28. Jan. 1878 die erste Nummer der „New-Yorker Volkszeitung“ erscheinen zu lassen.

Leicht ist es, einen solchen Beschluß zu fassen, aber es ist ein ungeheuer schweres Unternehmen, eine Arbeiterzeitung, zumal in diesem Umfange, zu gründen und zu erhalten. Der Weg vom Beginn der Arbeiterbewegung bis zur Gründung der „New-Yorker Volkszeitung“ ist gepflastert mit den Grabsteinen untergegangener Arbeiterzeitungen. Faste einer der Hauptredner am Gründungsfest, und in New-York war es doppelt schwer, ein solches Werk durchzuführen; die sogenannte demokratische, in Wirklichkeit aber nur kapitalistische „New-Yorker Staatszeitung“ mit ihren kolossalen Mitteln beherrschte das deutsche Zeitungsgesamtpublikum New-Yorks vollständig und hatte das tatsächliche Anzeigemonopol bestimmt, daß bis dahin alle, auch tüchtig geschriebene Konkurrenzblätter, bald nach ihrer Geburt zu Grunde gingen.

Daß nun trotz dieser ungeheuren Hindernisse ein so großes Arbeiterblatt, wie die „N.-Y.-Volkszeitung“ von der mittellosen Arbeiterklasse gegründet und in so kurzer Zeit zur Mithilfe gebracht werden konnte, verdankt man dem Zusammenwirken zweier Faktoren: der umsichtigen Finanzierung und Leitung von Seiten der Führer und der heroischen Opferwilligkeit und Energie der Arbeiter selber.

Die Finanzverhältnisse der Arbeiter standen so schlimm, daß es nicht möglich war, die Unterhaltung des Blattes auch nur einen Monat lang aus den vorhandenen Geldmitteln zu bestreiten. Deshalb mußten die Herstellungskosten auf das denkbar niedrigste Maß heruntergedrückt werden. Die Seher ließen 20, 25, ja 33 pCt. ihrer Forderungen als Guthaben stehen, die Redakteure und Bureaubeamten erhielten — was gerade „da war“, und das war verdammt wenig. „Arme Arbeiter halten ihre paar ersparten Dollars von der Hand und lieben sie der „Volkszeitung“ oder verausgabten sie in den zu Gunsten des Zeitungsunternehmens veranstalteten Festen und Konzerten. Die „N.-Y.-Volkszeitung“ ist in die glückliche Lage gekommen, jeden Cent dieser Schuld wieder tilgen zu können. Mit 1100, sage einhundert Dollars Kapital hat die „Volkszeitung“ angefangen und hatte durch die oben beschriebene Oekonomie ihr anfängliches Defizit auf 200 bis 300 Dollars wöchentlich heruntergedrückt — ja es hätte anders kommen können! Aber das unerlöschliche Vertrauen der Arbeiter auf die Zukunft ihrer guten Sache hat

ste freundlich und furchtlos den letzten Zent auf den gemein- samen Altar legen lassen und dieses heroische Opfer war eigenlich.

Aber auch die größten Opfer der Arbeiter wären furchtlos geblieben, hätten sie nicht mehr für ihr Organ gegeben, als ihre Ersparnisse, ihr Geld und nicht auch ihre Arbeitskraft. Und diese haben sie in erster Linie eingesetzt zur Lösung der großen, schweren Frage: Wie sollen die notwendigen Abonnenten herbeigezogen werden? Allein aus der Section der sozialistischen Arbeiterpartei in New-York meldeten sich 278 Freiwillige, die 4-6 Wochen lang ihre Abende der großen Sache unentgeltlich zur Verfügung stellten. Jeder dieser Freiwilligen erhielt 6 bis 10 meist von Deutschen des wohnen Häuser zugewandt, die er Abends nach Feierabend, angetan mit seinem Sonntagsgewand, besuchte und durch Anhalten von Eintrittskarten den da wohnenden Deutschen das bevorstehende Geschehen in der „Volkzeitung“ ankündigte und später mit der Subscriptionliste in der Hand, Abonnenten für dieselbe aufnahm. Wöchentlich einmal fand eine Versammlung der „Freiwilligen“ statt. Da war kein Streiten und kein Toben und keiner eiferte über die Nummer und wurde dann aufgerufen, die Betreffenden traten einfach vor, gaben die Adressen der gewonnenen Subskribenten an, diese wurden niedergeschrieben und dann sofort in die verschiedenen Zeitungsgruppen, welche entworfen waren, eingereiht. In Brooklyn wurde in ähnlicher Weise verfahren. Das außerhalb in den Gewerkschaften und Vereinen gearbeitet wurde, vertritt sich von selbst. Endlich war die Zahl von 4000 Subskribenten erreicht und nun wurde in einer großen Versammlung der Sozialisten auf Antrag Jonas der einflussreiche Sozialist erfasst, die erste Nummer der „New-Yorker Volksztg.“ am 28. Januar 1891 erscheinen zu lassen.

In ähnlicher Weise haben sich die Arbeiter als Zeitungsträger zur Verfügung gestellt. Die „Staatszeitung“ verbot nämlich jedem ihrer zahlreichen Ausdräger, unter Androhung sofortiger Entlassung, die Veröffentlichung irgend einer Nummer der „Volkzeitung“. Es war aber für einen Ausdräger sehr riskant, die Anstaltsverwaltung zu verlieren und in den Dienst eines neuen Blattes zu treten, dessen Existenzdauer mindestens eine sehr zweifelhafte war. So hat man denn aus der Arbeiter-schaft wieder eine Organisation zur Beförderung der Zeitung geschaffen und haben sich die Arbeiter mit Freuden für geringen Lohn der mühsamen Arbeit unterzogen, bis die „Staatszeitung“ das Vergehen ihres Gebahrens einlief.

Das sind einige Momente aus der Gründung eines Arbeiterblattes, das im Laufe von 10 Jahren zu einer wirklichen Machtstellung nicht nur in New-York allein gelangt ist, sondern in der gesamten Arbeiterbewegung eine große Bedeutung hat, das trotz der unablässigen Verfolgung des Kapitalismus unerschütterlich festgehalten hat auf seinen Prinzipien, den Arbeitern ein treuer Freund und Berater und eine schützende Waffe in ihrem Emanzipationskampf gewesen ist und sich auch ökonomisch eine gesicherte Grundlage geschaffen hat. Mit 1100 Dollars Gründungskapital und einem wöchentlichen Defizit von wenigstens 200-300 Dollars hat es dieses Organ in 10 Jahren zu einer Auflage gebracht, wie sie in keiner deutschen Großstadt keines, weder das reichste, noch das ärmste kapitalistische Organ hat. Die „New-Yorker Volkszeitung“ erscheint in Kleinformat und in einer Auflage von 20 000 Exemplaren.

So macht man eine Arbeiterzeitung. Was hat die „New-Yorker Volkszeitung“ groß gemacht? Der vereinte heldenmütige Widerstand der Arbeiter und ihrer Führer. Was hat sie zu diesem Opferwillen gebracht? Die feste Überzeugung von der Wahrheit ihrer Prinzipien, das unerschütterliche Vertrauen auf die Zukunft ihrer Sache und der energische Wille, für die Verwirklichung ihrer Ziele auch die nötigen Mittel zu ergreifen, mit Aufopferung ihrer selbst und allem, was sie hatten.

Es und nur so kommt die Arbeiterfrage vorwärts. Wer glaubt, anderswo mache man solche Dinge viel „easibler“, es genügt ein geistliches Neben und der Klome in der Tasche eines Vereins, um der Arbeiterfrage zum Siege zu verhelfen, der täuscht sich gewaltig.

Opfer nur schaffen große Werke, und nur zu Opfern fähig zu sein, braucht keiner reich zu sein an Geld, aber reich an fähigkeitsbegabung, selbstbewusster Ueberzeugung und reich an

energischer Tatkraft, mit Werken das zu wollen, was man in seinem Kopfe denkt und mit seinen Worten sagt — und von diesen Werken ist eines der ersten und wichtigsten die positive Unterstützung der Arbeiterpresse.

So wirken die amerikanischen Arbeiter für ihre Zeitungen. Gehet hin und tuet dergleichen.

### Deutschland.

Die Krankenkassen-Kommission nahm ihre Sitzungen wieder auf. Die Beratung steht bei § 58. Dazu liegt ein Antrag der Subkommission vor, der den Zweck verfolgt, die Entscheidung von Streitigkeiten Versicherungs-pflichtiger mit ihren Arbeitgebern oder mit Zwangskassen u. s. w. wie im jetzigen Gesetz, entgegen der Vorlage auf den ordentlichen Rechtsweg zu verweisen, sofern nicht nach bestehenden Landesgesetzen diese Streitigkeiten dem Verwaltungsstreitverfahren überwiesen sind. Die Geheimräte Lohmann, v. Boedtker und v. Lenthe bekämpften diesen Antrag, mit ihnen der konservative Abgeordnete Dr. Schier, während die Abgeordneten Spahn (F.), Gutfleisch (F.), v. Wendt (F.), Ebertz (F.) und Wolfenbuhr (SD.) dafür eintraten, indem sie dem Bedauern Ausdruck geben, daß es nicht möglich sein werde, die bedingungslose Verufung an die ordentlichen Gerichte einzuführen. Der Antrag wird angenommen. — Der zurückgestellte § 53 wird nach kurzer Debatte unter Ablehnung der Anträge von der Schulenburg und Meßner, die ausgebrücht wissen wollen, daß die Versicherten verpflichtet sind, die von den Arbeitgebern für sie vorzuschüssig eingezahlten Eintrittsgelder und Beiträge sich bei den Lohnzahlungen in Abzug bringen zu lassen, nach der Regierungsvorlage angenommen. — Die §§ 59, 60, 61, 62, 63 werden unverändert nach den Beschlüssen erster Lesung genehmigt, während in § 64 Ziffer 1a: „Der Vorstand (§ 31) und die Vertreter der Generalversammlung (§ 37) werden in geheimer Wahl gewählt“ auf Antrag Graf Holstein und Genossen gestrichen wird. Die §§ 65, 66, 67, 67a, 67b, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74 werden nach den Beschlüssen erster Lesung angenommen und die Sitzung verlegt.

Zur Marx'schen Kritik. Das „Berliner Tagebl.“ und die „Volkstg.“ veröffentlicht folgende Notiz:

Man hat sich wiederholt gefragt, wie es möglich war, daß Hr. Engels' Schreiben mit der Marx'schen Kritik des sozialistischen Programms in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht werden konnte. Zur Erklärung des Vorganges wurde sogar behauptet, im Grunde sei der Fraktion die Sache erwünscht gewesen. Und diese Annahme erhielt durch die Mailänder Korrespondenz des „Vorwärts“ eine Art Bestätigung. Die Geschichte ist ungleich einfacher. Herr Engels sandte den Marx'schen Brief an die Redaktion der „Neuen Zeit“. Herr Kaufmann, der Redakteur der „Neuen Zeit“, ist Marxist strengster Observanz. Natürlich war er für den Abdruck. Nicht so Herr Diez, der Verleger. Man sandte deshalb den Brief an Herrn Bebel zur Begutachtung. Aber

Herr Bebel, der gerade mit der Hochzeit seiner Tochter zu tun hatte, ließ die Sache liegen. Man nahm daher in Stuttgart an, er habe nichts dagegen einzuwenden, und so erschien das Engels-Marx'sche Schreiben in der „Neuen Zeit.“ Hierzu bemerkt der Vorwärts:

„Diese Darstellung ist in einem wesentlichen Punkte unrichtig. Als Bebel den Abzug des Marx'schen Artikels zu Gesicht bekam — es sei noch einmal hier bemerkt, daß Bebel den Inhalt des Marx'schen Briefes und der ihr beigefügten Kritik bis zu jenem Augenblick überhaupt nicht kannte und beides früher nie gesehen hat, weil er zur Zeit der Mitteilung jener Aktenstücke im Gefängnis saß, — war die Nummer der „N. Z.“ bereits fertig gestellt, und ein nächsten Tages nach Rücksprache mit Diez abgefasstes Telegramm, das die Ausgabe zu inhibiren beorderte, kam zu spät. Wir können im Auftrag Bebel's nachdrücklich erklären, daß, wenn jene Aktenstücke ihm rechtzeitig zugesandt wurden, dieselben in der veröffentlichten Form höchst wahrscheinlich nicht aufgenommen worden wären.“

Berlin. Dem „Reichsanzeiger“ zufolge findet vom 1. März an der ermäßigte Portosatz von 5 Pfennig für Drucksachensendungen über 50 bis einschließlich 100 Gramm auch im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn Anwendung.

Berlin. Authentisch wird gemeldet: Liebreich's Heilmittel besteht in der systematischen Anwendung subcutaner Injektion von cantharidensaurem Kali. Das Mittel scheint nicht nur bei Tuberkulose, sondern auch bei anderen Infektionen, richtig benutzt, eine Heilwirkung auszuüben. Die Wirksamkeit des Mittels steht außer Zweifel. Die klinischen Versuche Fränkel's und Seimann's seien günstig verlaufen. Liebreich erklärt, er sei vor Schluß seiner Untersuchungen gezwungen worden, alles mitzuteilen. Der Kultusminister wendet der Entdeckung volle Aufmerksamkeit zu.

Zur Kennzeichnung der Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine dürfte der Inhalt folgender Postkarte dienen, die dem „Vorwärts“ aus Alt-Österreich mitgeteilt wird: „Das bisherige Mitglied E. Diez gehört, uns zugegangenen zuverlässiger Mitteilungen zufolge, zur sozialdemokratischen Partei, agitirt für dieselbe und hat auch aus Veranlassung seines Eintretens für diese eine fünfmonatliche Gefängnisstrafe verbüßt. — Da die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie mit den von uns verfolgten Grundsätzen unvereinbar ist, die Vereinerung einer solchen Zugehörigkeit überdies auch von jedem Mitgliede ausdrücklich durch Revers ausgesprochen wird, so kann D. nicht länger Mitglied des Gewerksvereins sein und ist deshalb auszuschließen. Diesen Ausschluß hat der Generalrat in seiner letzten Sitzung ausgesprochen.“

Nun ist ja einem Sozialdemokraten nichts an der Mitgliedschaft eines Gewerksvereins gelegen, aber man muß hierbei die näheren Umstände in Betracht ziehen. Die Herren haben in Österrich und Umgegend es vermocht, die Krankenkassen in ihre Hände zu bekommen und insbesondere auch den Medizinalverband, und will

### Den „Edelsten“!

Das arme Volk erstigt der Esch.  
Bon dem des Schiffschiffers schreit die Welt erschüttert;  
Da Schlagenbrut wohnt im Belsch,  
Bon unbedachten Sätern überhäuft.

Das wir voll Freundschaft jemals Euch umfassen,  
Es könnte auch im Cranme nicht geschehen;  
Denn, was wir sehen, was wir täglich sehen,  
Das zwingt arkräftig uns, daß wir Euch hassen;  
Mit Eiß drängt Ihr das Volk in die Sachzassen,  
Darin es nimmer Euch kann widerstehen;  
Die Protektoren seid Ihr seiner Wehren,  
Die Ihr entflammt den reinsten Dampyracren.  
Denn gegen Eure unverschämte Gier  
Erscheint der Wacker selber kindlich Klein,  
Ein jantes Bümmchen zu der Furen Gier. —  
Doch zeigt das Land der Kirchhoffstille Schein,  
Doch fern hört Ihr das Wetter, dem Ihr flüht,  
Das Eure Sitze fängt, jermalmet und zwingt. —

fr. Ut.

### Mein Mitbruder.

Amerikanische Skizze. Uebersetzt von Marie Kunert.

Es war an einem sehr heißen Tage, als ich mich auf dem Heimwege befand. Da kam plötzlich ein Mann auf mich zu, zog mit unterwürfiger Miene die Hüfte ab und sagte: „Würden Sie wol so gut sein, mir Arbeit zu geben und mir statt anderer Zahlung vielleicht einen obgelegten Rock dafür geben? Ich bin in der vergangenen Woche schon in der ganzen Stadt herumgelaufen, um Arbeit zu suchen, aber niemand mag einem so zerlumpt aussehenden Menschen, wie ich hier vor Ihnen sitze, eine Arbeit anvertrauen. Und ich kann die Leute darum nicht schelten. Siebt es in Ihrem Hause nicht irgend eine Verzierung, die ich ausführen könnte?“

An seinen Worten zweifelte ich durchaus nicht; er war in der Tat ein sehr heruntergekommen aussehender Bursche. Freya, die wol einmal in besseren Tagen Schube gewesen sein mochten, umhüllten seine hageren Hüfte, die durch das zerrissene Oberleder nach hervorstickten; schmutzige Beinkleider, nur von einem Hosenträger gehalten, schlotteten um seine Beine; ein Hemd, das seit Wochen kein Wasser gesehen hatte, klebte auf seinem muskulösen Körper, während eine Mütze von schwarzem Filz ohne Schirm auf seinem argklammerten Occiput saß und ein Kästgen beschattete, dessen Hüfte, wenn die Schmutzkruste beseitigt wäre, regelmäßig und schön gebildet genannt werden müßte. Ich sah, daß er ungefähr meine Größe hatte, ich be-

sann mich, daß ich einige abgelegte Kleider besaß und mußte auch, daß mein Garten hinter dem Hause voller Unkraut war und so sagte ich denn: „Kommen Sie mit mir. Ich glaube, ich werde irgend etwas finden, was Ihnen paßt.“

Als wir weiter gingen, erzählte er mir in kurzen Worten die alte Geschichte, — er war arbeitslos geworden, seine kleinen Ersparnisse waren schnell verzehrt, die besseren Kleider ins Leihhaus gewandert. Da seine Erscheinung überall Mißtrauen erregte, so war sein Suchen nach Arbeit — was für welche und wo er sie fand war ihm gleich — fast hoffnungslos. Kurz, es war die Vorgeschichte manches Arbeiters, der dann zum Bettler geworden war. Nur noch wenige Tage voll dieser bitteren Erfahrungen, und er war auf dem besten Wege dazu, zumal er mußte, wie wenig dazu gehört, um Leib und Seele zusammen zu halten und wie leicht man dies Wenige von mildtätigen oder eingeschücherten Leuten erhält. In unserer heutigen Gesellschaft, fälschlich die zivilisierte genannt, giebt es zwei Klassen von Lumpen — diejenigen, welche von ihren ihnen rechtmäßig zuziehenden Renten, Zinsen und Profiten d. h. von den Früchten der Arbeit der Armen leben, die durch die bittere Not dazu gezwungen werden und die andern, welche durch ihre ganz und gar unberechtigten Bettel von den Almosen der Wohlthätigen leben. Was meinen Begleiter anbetraf, so hatte er noch nicht alle Hoffnung aufgegeben, wieder von seiner ehrlichen Arbeit leben zu können; — das sah jeder, der Menschen, die sich in Not und Elend befinden, beobachtet hatte. Als wir bei meinem Hause angekommen waren, sagte ich ihm, was er tun

man nun hieraus für sich oder seine Familie Vorteile ziehen so muß man freisinniges Mitglied des Gewerksvereins werden.

Man sieht, wie frei-sinnig die Herren sind; da sollten die Mitglieder derjenigen Arbeiter-Krankenkassen, in denen die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, einmal fordern, daß jedes Mitglied Sozialdemokrat werden müsse, welsch Peter Wobbe würden die Herren anschlagen über — Gewissenszwang.

Berlin. Den „Berliner Politischen Nachrichten“ zufolge erließ der Kultusminister eine Verfügung an die Oberpräsidenten betreffend die Regelung des Vertriebes des Koch'schen Heilmittels (Tuberculinum Kochii) durch die Apotheken. Danach sind die Apotheker verpflichtet, das Mittel, sobald dasselbe nicht innerhalb sechs Monaten verkauft ist, an Dr. Libbert in Berlin zurückzugeben. Der Umtausch erfolgt unentgeltlich. Der Verkaufspreis für ein Ccm. beträgt 6, für 6 Ccm. 25 Mark.

Berlin. Eine herzlose Mutter wurde hier wegen der das Leben gefährdenden Mißhandlungen ihrer vierjährigen unehelichen Tochter in der Person einer Frau W. verhaftet. Frau W. wohnte in der Barutherstraße, und die Hausbewohner hatten an die Polizeibehörde die Nachricht gelangen lassen, daß die Mutter das Kind in unmenschlicher Weise behandle, und daß dies unglückliche Geschöpf den ganzen langen Tag jammere. Die sofort veranlaßte ärztliche Untersuchung ergab, daß der ganze Körper des Kindes mit theils vernarbenen, mit theils frischen Schwielen bedeckt war. Am Stirnbein war eine größere Geschwulst vorhanden, und an der Gesäßmuskulatur fand sich ein Defect in der Größe eines silbernen Fünfmarsstückes, der dadurch entstanden war, daß das Kind, um ihm gewisse Ungezogenheiten abzugewöhnen, über eine Flamme gehalten worden war.

Graf Kleist v. Voß scheint sich nach seiner Wiedererkrankung in Pöbgensee in sein selbst herausbeschworenes Schicksal schnell gefunden zu haben, denn, wie wir erfahren, giebt er sich jetzt die erdenklichste Mühe, als ein völlig gesunder und normaler Mensch zu erscheinen. Er muß wohl die ihm drohende Gefahr, zur Feststellung seines Gesundheitszustandes in eine Irrenanstalt gebracht zu werden, fürchten und er scheint bemüht zu sein, dem vorzubeugen. Die seitens der Gerichtsärzte in dieser Beziehung beschlossenen Maßregeln hat man vorläufig fallen lassen. Eine Verschärfung seiner Haft ist insofern eingetreten, als er seine vordem innegehabte, bequeme Lazarettzelle nicht wieder bezogen hat, sondern sich mit einer kleinen, tagsüber verschlossenen Zelle in einem der beiden strengen Isolirflügel begnügen muß. Auch was seine jetzige Beköstigung anbetrifft, so ist solche von der ihm früher als „krankem Manne“ bewilligten sehr verschieden.

Epauban. Die königliche Gewehrfabrik entließ heute fünfhundert Arbeiter und kündigte weiteren achthundert.

Risiko der Arbeit. Entsetzlich verbrüht wurden in der Pulverfabrik zu Epauban zwei bei der Reparatur einer Dampfleitung beschäftigte Schlosser, Heinrich und Breitfeld, durch ausströmenden Dampf. Man schaffte die Verunglückten sofort nach dem städtischen Kranken-

haus. Heinrich ist in Berlin wohnhaft; sein Mutter wurde noch am Abend von dem Unglück telegraphisch benachrichtigt. Ob Hoffnung auf Wiedergenesung vorhanden, weiß man nicht.

Selbstmorde in der deutschen Armee zählte man im Monat December 19.

Yrumünster. Soldatenselbstmord. Der Kammerunteroffizier Klee von der ersten Batterie der hiesigen reitenden Artillerieabtheilung machte seinem Dasein durch Erschießen ein Ende. Er wurde von seinem Vorgesetzten auf die Montirungskammer geschickt, um etwas zu holen. Da er aber zu lange wegblich, wurde ihm ein anderer Unteroffizier nachgeschickt; doch kaum hatte der Letztere die Kammer betreten, als ein Schuß krachte und Klee zu Boden stürzte; er hatte sich vermittels eines Revolvers eine Kugel durch den Kopf gejagt. Er starb nach Verlauf einer Stunde.

Eine gute Nachricht für die Millionendiebe kommt aus Leipzig. Von dort wird geschrieben:

„Wie hiesige Lokalblätter berichten, ist der von hier flüchtige vormalige Bankdirektor Winkelmann dessen bevorstehende Auslieferung kürzlich im Reichstage angekündigt wurde, seit einiger Zeit aus Buenos Aires verschwunden. Man vermutet, daß er gewarnt worden ist und sich nach irgend einem Schlupfwinkel im Innern des Landes zurückgezogen hat oder nach Montevideo oder Paraguan emigriert ist. In letzter Zeit soll Winkelmann nach den hier eingelaufenen Nachrichten in Buenos Aires ein sehr lüppiges Leben geführt haben.

Es wäre auch ein Wunder gewesen, wenn der ausgerückte Leipziger Ordnungsheld ruhig im Käfig sitzen geblieben wäre, nachdem man ihn auf so wunderbare Weise hatte entkriechen lassen.“

Der Stöcker schlägt eine neue Art der Agitation ein. Nach einem Vortrage, den er in Mühlheim a. d. Ruhr hielt, und in dem er die Kaiserin und die von „gutem Geiste besetzten“ kaiserlichen Kinder gerühmt hatte, wurde folgendes — natürlich von anderer Seite beantragtes — Telegramm beschlossen:

„An Ihre Majestät die Kaiserin, Berlin. Ew. Majestät senden als der erhabenen Protectorin des evangelischen kirchlichen Hilfsvereins über 1500 zu einem Vortrage Stöckers über die Berliner Nothstände zusammen gekommene evangelische Bürger und Frauen Mühlheims und der Umgegend ihre Huldigung. Gott segne Eure Majestät!“

Ein Kommentar dürfte überflüssig sein. Halle. Unglück im Schacht. Auf dem Schacht 81 bei Mansfeld wurden durch eine niedergehende Felswand drei verheiratete Bergleute verschüttet. Leider konnten dieselben nur als Leichen ans Tageslicht gefördert werden.

Köln. Der am 15. Februar eingesezte Ausschuß der Vergarbeiterbelegirten des Ruhrbezirks nahm alle Forderungen an und setzte laut „Köln. Volksztg.“ einen Dauerminimallohn von 4,50 Mk., Schichtlöhne zu 3,75 Mk. und Schlepplöhne zu 3 Mk. fest. Ein engerer Ausschuß bestimmt, wann die Forderungen einzutreten sind. Der Vergarbeiterführer Bringewald

lehnte die Wahl hierzu ab, weil er besonders mit den Subforderungen nicht einverstanden ist.

Gera. Die „Geraer Ztg.“ brachte vorige Woche folgendes Inserat mit fetten Lettern:

„Für mechanische Webereien. In einem vogelähnlichen Webeerdorfe mit intelligenter Arbeiterbevölkerung ist Bauareal zum Bau einer Weberei zu verkaufen. Preis: Quadratmeter 30 Pfg. und riechbares Nährwasser ist im Grundstück vorhanden. Etwa nahe am Grundstück, nur wenige Schritte zu fahren. Arbeitskräfte spottbillig. Bahnstation 15 Minuten vom Orte. Interessenten wollen ihre Adressen unter S. S. 100 in der Geschäftsstelle dieser Zeitung niederlegen und erfahren dann näheres vom Besitzer.“

Das ist wieder eine herrliche Illustration zu unseren industriellen Zuständen, bemerkt hierzu mit Recht unser Bruderorgan, die „Neuhäuser Tribüne“. „Intelligente und spottbillige Arbeitskräfte.“ Wie es die intelligenten Weber fertig bringen, so spottbillig zu arbeiten, danach fragt natürlich der betreffende Kapitalist nicht. Man sollte einen solchen Unternehmer einmal vier Wochen lang mit trockenen Kartoffeln, welche an Heringschwänzen abgewischt werden, füttern, damit er wenigstens einen Begriff davon bekommt, wie es tut, wenn man seine Intelligenz billig verkaufen muß.

Zittau. Ueber ein Vorwissen auf dem Exerzierplatz, das in der Stadt lebhaft besprochen wird, berichtet die „Zitt. Morgenztg.“ wie folgt: „Es war an dem letzten Tage der Reservübung, als aktive Mannschaften auf der Schießwiese exerzirten. Aus irgend einer Veranlassung wurde dabei einem der Soldaten auf Befehl eines Unteroffiziers der vierten Kompanie — Franz ist sein Name — ein Stück Eis auf den Kopf gelegt und mußte eine Zeit lang liegen bleiben. Wie lange dies gedauert hat, ist nicht gut festzustellen, jedenfalls hat das Eis so lange auf dem Kopf des Soldaten gelegen, bis sich die Kopfkrandung durch das Schmelzen des Eises deutlich darin eingedrückt hatte. Der Vorfall ist zum Glück von Zeugen beobachtet worden und diese Sache zum Gegenstande militärgerichtlicher Untersuchung geworden; welchen Ausgang sie gefunden hat, wissen wir nicht.“

Die Zulassung polnischer Arbeiter seitens der Staatsregierung hat neuerdings eine Erweiterung erfahren. Man meldet hierüber der „Voss. Ztg.“:

„Oberpräsident Graf Zehlig hat die Landräthe der Provinz Posen ermächtigt, die Zulassung russisch-polnischer und galizisch-polnischer Arbeiter in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben mit der Maßgabe zu gestatten, daß nur einzelstehende Personen beiderlei Geschlechts beschäftigt werden dürfen, welche nach Beendigung der Arbeiten das diesseitige Staatsgebiet wieder zu verlassen haben.“

So erweist sich wieder der Kapitalismus stärker als die „nationale“ Politik der Regierung. —

Danzig. In der hiesigen Gewehrfabrik wurde mit den Kündigungen begonnen. Vorläufig wurde 200 Arbeitern von 4000 Arbeitern gekündigt, weitere Kündigungen stehen bevor.

Braunschweig. Das hiesige Landgericht I ver-

folte; und als ich in meinem Kleiderschrank suchte, fand ich noch einen ziemlich anständig aussehenden Anzug, den ich freilich längst abgetragen hatte, der aber für meinen unglücklichen „Mitbruder“, der da draußen im Garten arbeitete, noch gut genug war. Als ich mir darauf eine Pfeife angezündet hatte, setzte ich mich ans Fenster, um die Arbeit zu überwachen und Betrachtungen anzustellen über meine eigene Müßherzigkeit.

Aber als die Rauchwölkchen von dem sanften Lusthauch fortgeführt wurden, der durch das offene Fenster strich, in dem ich so kühl und bequem saß und auf meinen Bruder achtete, der in der Sonnenglut draußen schwitzte, während er das Unkraut ausjätete, da befriedigte die Betrachtung über meine Müßherzigkeit mich doch nicht so voll und ganz, wie ich es anfangs erwartet hatte. Ein paar höchst unbequeme Gedanken stiegen sich beständig in meinem Kopf und wollten sich gar nicht zur Ruhe bringen lassen. Der arme Bursche dort tat mit Freuden die mühselige Arbeit für mich, der hier so träge saß; und als Bezahlung würde ich ihm ein paar alte Kleidungsstücke geben und lederne Schuhe, für die ich gar keine Verwendung mehr hatte und die meinen Kleiderschrank nur unnütz anfüllten. In Wirklichkeit erwies er mir sogar einen Dienst damit, daß er mich von ihnen befreite. Ich hatte so oft die Handlungsweise der „herzlosen Kapitalisten“ verurteilt, und hier tat ich ganz dasselbe, indem ich einen Mann annahm, der meine Arbeit tun sollte, nur weil die Not ihn dazu zwang, diese Arbeit anzunehmen. Je mehr ich darüber nachdachte, desto mehr peinigte mich der Gedanke. Zuleich war mir, als müßte ich hinaus-

laufen und mit ihm arbeiten, ihm helfen, — aber der Gedanke an meinen reinen Kragen, an meine Pfeife und den frischen, kühlen Lusthauch hielten mich zurück. Ich nahm mein Buch wieder auf und versuchte den schmutzigen, schwitzenden Burschen dort unten im Garten zu vergessen. Es half aber nicht; die Fegen seines Gewandes flatterten beständig vor den Blättern des Buches und hinderten mich am Lesen.

„Nun, Herr, ich bin fertig.“

Ich blinnte auf. Mein schmutziger Bruder stand unter dem Fenster, noch schmutziger geworden durch die Arbeit, die er für mich getan hatte. Ohne ein Wort gab ich ihm die Kleider und Schuhe. Weil er nur um einen Rock gebeten hatte und jetzt einen ganzen Anzug erhielt, erging er sich in überschwänglichen Dank-sagungen. Ich konnte es nicht länger ertragen.

„Sehen Sie her!“ rief ich ihn fast barsch an, danken Sie mir nicht für die Sachen da; sie haben ja für mich keinen Wert. Sie verpflichten mich wirklich dadurch, daß Sie mich davon befreien. Ich danke Ihnen dafür. Für die Arbeit, die Sie getan haben, nehmen Sie hier Ihre Bezahlung. Sie haben das Geld verdient.“ — Und ich gab ihm eine Münze, die so klein war, daß ich sogar heute noch eröte, wenn ich daran denke.

Er sah mich einen Augenblick lang wie erstarrt an. Dann richtete er sich auf, sah mir gerade in die Augen und sagte:

„Dürfte ich Sie um etwas Wasser, Seife und einen alten Lappen zum Abtrocknen bitten? Ich würde mich noch viel woler fühlen, wenn ich mich etwas säubern könnte.“

Ich goß Wasser in eine Schüssel, nahm ein Stück Seife und ein reines Handtuch und trug alles in den Hausflur.

„Sie können dies als Ankleidezimmer benutzen.“ „Danke, Herr,“ sagte er, als er eintrat. Ich eilte ins Haus zurück, damit er mir nicht mehr vor die Augen kam. Schon der bloße Gedanke an diesen Mann war ein Vorwurf für mich und meine An-mahnung.

(William Schuyler in „the Nationalist“.)

### Schnitzel.

Vernunft und Republik. Die Vernunft ist immer republikanisch; aber die Menschen scheinen, wenn man die Synopse (Zusammenfassung) ihrer Geschichte nimmt, doch durchaus zum Despotismus geboren zu sein. —  
Seume.

Wirklich glücklich — das Wort im gemeinen Sinn genommen — sind nur die ganz dummen Leute. Denn zu frieden mit sich selbst, sind sie es auch mit der Welt, welche ja vorzüglich sein muß, weil dieselbe so liebe Gedächtnisse, wie sie hervorbringt und nährt. Sie kümmern sich ihr Wohlstandes um das Wohl, welches Weber den beiden Sonnenmännern der Evidenzhaft, noch das sternlose Nachttrauen des Zweifel und der Gullausung kennt.  
Johannes Scherr.

Belassen den Niederflur, erleichtern das Gend, das Sperrere verurtheilt mit Hilfe des gelährbringenden Juviel des Exerzen, das ist das ganze Geheimnis des Revolution.  
Fallen.

urteilte den Genossen Schmidt wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Monaten Gefängnis.

**Vodum.** In Gelsenkirchen und in der industriereichen Umgegend grassirt der Typhus. Beide Krankenhäuser sind überfüllt. — Hungertyphus?

**Speyer.** Durch Kommandanturbefehl wurde den Soldaten der Speyerer Garnison der Besuch derjenigen Wirtschaften, in denen die sozialdemokratische Mannheimer „Volksstimme“ aufsteigt, verboten.

### Ausland.

#### Schweiz.

Die Frage der Maifeier hat in der Schweiz, wie bereits kürzlich betont, innerhalb der Partei zu einer Polemik Anlass gegeben, die jedoch mit einer Sachlichkeit geführt wird, wie sie allen Genossen bei Streitfragen innerhalb der Partei zu empfehlen wäre. Bekanntlich hat sich ein Teil der Schweizer Arbeiter für die Feier am 1. Mai, der andere nach dem Vorgang der englischen Sozialisten im letzten Jahr und im Einklang mit dem neulichen Beschluß der deutschen sozialistischen Reichstagsfraktion für die Feier am ersten Sonntag des Mai entschieden. Auf den Boden des Pariser Kongress Beschlusses von 1889 stellen sich beide Teile, nur daß die Befürworter des ersten Sonntags von dem praktischen Beweggrund geleitet sind, die Feier würde am ersten Sonntag des Mai eine allgemeiner und darum wirksamere werden als voraussichtlich am 1. Mai, der ein Freitag ist. Diese letzteren, rein praktischen Erwägungen haben bekanntlich auch zu dem Beschluß der deutschen Reichstagsfraktion geführt. Ein Widerspruch mit den Beschlüssen des internationalen Pariser Kongresses ist darin keinesfalls zu finden.

#### Frankreich.

**Yvon.** Fast sämtliche Arbeiter der hiesigen Glasfabriken sind in den angekündigten Streik eingetreten, da die vor 14 Tagen von ihnen geforderte Lohn-erhöhung nicht zugestanden wurde.

**Prinz und Sängerin.** Die französischen Blätter unterscheiden den verschiedenen Expeditionen des Duc D'Orléans, Sohn des Grafen von Paris allerlei pikante Beweggründe — ob mit Recht oder Unrecht, haben wir nicht zu entscheiden. So erzählt man letzter Tage in Paris, daß der junge Herzog von Orleans, bekannt unter dem Epitheton „Prince Gamelle“, in die Opernsängerin Fräulein Melba sehr verliebt sei, eine Liebe, die übrigens nicht ohne Erhöhung geblieben, und daß diese Liebe Ursache der überraschenden Expeditionen sei, welche die schmeichelnden Freunde des Prinzen dynastischen Gefühlen zuschreiben. Prinz Gamelle sah und hörte Fräulein Melba zuerst in Brüssel, und dort verliebte er sich in sie. Die Sängerin nimmt ein Engagement an der Pariser Oper an und da trifft es sich, daß der Prinz ungeachtet des Verbannungsgesetzes, das ihm den Aufenthalt in Frankreich verbietet, nach Paris kommt, um die Zulassung zur Erfüllung seiner Militärpflicht zu begehren — glücklich von seinem Idol bloß durch einige Kilometer Weges getrennt zu sein. Kaum war der Prinz kognadigt, eilte er nach London, wo wiederum Fräulein Melba zufällig engagiert ist. Wegen aller dieser Liebes Geschichten findet die Verheiratung mit seiner Verlobten, Prinzessin Marguerite, nicht statt, was heftige Szenen zwischen Vater und Sohn hervorruft. Und auch ein anderer Liebesroman findet gleichzeitig ein jähes Ende. Es hatte sich in die Sängerin, als sie noch eine Unbekannte war, ein berühmter Maler verliebt, der ihr, als er von ihrer Aufführung hörte, stolz den Rücken fehrte. Nun sprach Fräulein Melba von einem Engagement in Petersburg. Unverzüglich wollte der Herzog Dienste in der Garde des Zars nehmen, und da ihm dies nicht gestattet wurde, reiste er als Privatmann dahin, wo gerade die Sängerin auf der Spitze ist. Das kann freilich Alles auch ein Zufall sein, aber es giebt französische Blätter, welche steif und fest dabei bleiben, es handle sich hier um Absicht und nicht um Zufall.

**Gefährliche Papageien.** Paris. Ein junges Ehepaar war kürzlich zum Besuche bei einer Tante in einem Dorfe bei Lyon eingetroffen und hatte ihr zwei Papageien, die es in Marseille von eben aus Südamerika eingetragenen Matrosen gekauft hatte, zum Geschenk mitgebracht. Zwei Tage darauf starben die jungen Leute, die alte Dame und ihre Magd, wie die ärztliche Untersuchung festgestellt hat, am gelben Fieber, welches ihnen die Vögel mitgeteilt hatten.

#### Belgien.

Die Enthüllungen über den gewaltigen Tod des Prinzen Baldwin von Belgien werden jetzt dementirt. Das spricht aber noch nicht gegen die Unrichtigkeit der

Meldung. Uebrigens sind die Dementis den Enthüllungen auffallend spät gefolgt.

#### England.

In sozialistischen Kreisen Englands ist der Vorschlag gemacht worden, da sich eine Arbeitsruhe in nennenswerter Ausdehnung am 1. Mai nicht erwirken lasse, so möge jeder Arbeit, der das Maifest der Arbeit zu feiern gedenke, aber am 1. Mai zu arbeiten genötigt sei, den Tagelohn für die Arbeit dieses Tages zu einem Fonds für die Erkämpfung des Achtstundentages steuern.

Man wird sich erinnern, daß voriges Jahr bereits der nämliche Vorschlag in Deutschland gemacht wurde.

Ein großer Bankdiebstahl ist in London ausgeführt worden. Der dortigen Bankfirma Glyn wurden Noten der Bank von England im Betrage von 11 630 Pf. gestohlen. Die Entwendung des Packets, welches Noten verschiedener Nennwertes enthielt, wurde während der Kassirer mit dem Zählen von Noten beschäftigt war, in äußerst gewandter Weise ausgeführt.

## Parlamentsbericht.

### Deutscher Reichstag.

75. Sitzung.

Die Verhandlung über § 120 des Arbeiterschutz-Gesetzes (Fortbildungsschulen) wird fortgesetzt.

**Abg. Debel:** Die Fortbildungsschulen verdanken ihre Entstehung der Erwägung, daß die Volksschulen nicht genügen, den jungen Leuten das für ihr Leben nötige Wissen beizubringen und wurden, nachdem sie erst fakultativ eingerichtet waren und sich bewährt hatten in einzelnen Staaten, so z. B. im Königreich Sachsen und in Württemberg, obligatorisch gemacht. Bei der Entscheidung der Frage, ob man den Unterricht auf den Sonntag oder auf die Wochentage verlegen soll, um ihn möglichst fruchtbringend zu machen, sprechen häufig lokale Verhältnisse mit. Wo der Unterricht an Wochentagen stattfindet, muß er, wenn er einen Zweck haben soll, auf die durch unseren Antrag festgesetzte Zeit gelegt werden. Unserem Antrage wurde von allen Seiten Sympathie ausgesprochen, doch wurde er zur Zeit für undurchführbar erklärt. In der Kommission hat man sich in der ersten Sitzung nach eingehender Prüfung für ihn ausgesprochen, aber nachdem die Fünf-Männer-Kommission zusammengetreten war, fiel auch dieser Antrag auf dem Altar des Kompromisses. (Heiterkeit.) Nun sind aber die jungen Leute den Tag über so angestrengt, daß sie am Abend unmöglich dem Unterricht mit der genügenden Aufmerksamkeit folgen können, was alle Lehrer an den Schulen zugeben. In Sachsen dürfen ja die jungen Leute über sechzehn Jahre nur zehn Stunden beschäftigt werden, aber unser Antrag, dasselbe auch auf die Industrie und das kleine Gewerbe auszudehnen, wird wohl, das Schicksal aller unserer Anträge teilend, abgelehnt werden. Nun sind z. B. in der Bäckerei die Lehrlinge nicht nur wie in anderen Gewerben von früh Morgens um fünf Uhr an beschäftigt, sondern sie müssen einen großen Teil der Nacht hindurch arbeiten, und wenn sie dann einige Stunden schlafen haben, können sie u. möglich früh genug für den Unterricht sein. Man sagt, der Abendunterricht gebe Anlass zum Unfug, um so eher sollte man unseren Antrag annehmen. Der Antrag Hartmann wonach der Fortbildungsschulunterricht nicht zur Zeit des Hauptgottesdienstes stattfinden soll, enthält einen indirekten Zwang zum Besuch des Gottesdienstes; derselbe würde den Lehrlingen dadurch vollständig verleidet. Außerdem würden die Lehrer häufig nicht bereit sein, am Sonntag Nachmittags solchen Fortbildungsunterricht zu erteilen. Annahmbar erscheint der Antrag Schäfer, wonach der Gottesdienst für die Lehrlinge u. eingetragten werden soll, daß er sich nach dem Fortbildungs-Unterricht richtet. Gegen unseren Antrag, auch für Arbeiterinnen den Unterricht in der Haushaltung und in Handarbeiten obligatorisch zu machen, wendet man ein, daß doch hier die Mutter am besten den Unterricht erteile. Aber häufig sind die Mütter selbst durch industrielle Arbeit so in Anspruch genommen, daß sie keine Zeit dazu haben, abgesehen davon, daß sie selbst in ihrer Jugend schon in Fabriken beschäftigt waren und diese Fertigkeiten nicht erlernt haben. Wenn man Fortbildungsschulen einrichtet, muß man sie obligatorisch machen, sonst können sie nicht bestehen bleiben. Das zeigt schon das Beispiel der Innungen, die, wenn sie eine Fortbildungsschule einrichten, sie zu einer obligatorischen machen. Wenn es sich um Abthalen handelt, dann sind Sie möglichst liberal, wenn es sich aber um Thaten handelt, dann sind Sie stets die ärgsten Reaktionsäre. Das Zentrum spricht mit Vorliebe von Sonntagsschul- und von der Heiligkeit der Familie, mit Ausnahmebestimmungen ist es aber am Ertien auf dem Plan. Die Bestimmung, daß die jungen Leute die Gemeinde-Fortbildungsschule nur dann zu besuchen gehalten sind, wenn sie keine von der höheren Verwaltungsbehörde anerkannte Innungs- oder andere Fach- oder Fortbildungsschule besuchen, bitte ich zu streichen. Man will mit dieser Begünstigung der Innungen den vortheilhaften Betrieb machen, das Kleinergewerbe gegenüber der kapitalistischen Konkurrenz zu retten durch Privilegien. Zu diesen Privilegien gehört auch die Ausbildung der Lehrlinge, welche auf Grund der Gewerbe-Ordnung den Innungen eingeräumt ist, ohne daß den Lehrbrüchen im Lehrlingswesen im geringsten abgeholfen ist. Die Innungsmeister nützen ihre Lehrlinge so aus, wie die übrigen Meister. Fach- und Fortbildungsschulen sind lediglich eine Dekoration. Bei dem Konkurrenzkampf mit dem Großkapitalisten sind die Meister darauf angewiesen, statt geschulter erwachsener und bezahlter Gelehrten Lehrlinge zu halten. Mehrfach haben die Innungen solche Fortbildungsschulen nur zu dem Zweck ins Leben gerufen, um damit die brennenden Bestimmungen, die die am Ort bestehenden allgemeinen Fortbildungsschulen für bestimmte Klassen von Handwerkern hatten, zu umgehen, und dem können wir nicht zustimmen. Ich bedauere sehr, daß die Regierungen jetzt unter dem Druck der Majoritätsparteien im kapitalisti-

chen Unternehmerinteresse sich herbeiließen, ihren entschiedenen Widerspruch gegen diese Bestimmung aufzugeben. Während gestern der Handelsminister diese seine Zustimmung ziemlich unverblümt zum Ausdruck brachte, hat der Vertreter der bayerischen Regierung den schwachen Versuch gemacht, eine Opposition gegen diese Bestimmung zu machen, indem er es als eine Art Glück ansah, daß mit dem Antrag Schäfer die Möglichkeit geboten sei, einen Ausweg für den Schüler-Gottesdienst zu schaffen. Wir müssen uns gegen alle diese Bestimmungen, welche wir nur für eine Verschlechterung der bisherigen ansehen, erklären. Mit dem Antrage der Polen sind wir im Prinzip vollkommen einverstanden. Selbstverständlich kann der Schüler mit Nutzen nur solchen Unterricht genießen, der ihm verständlich ist. Ich halte aber den Antrag für undurchführbar in Gegenden mit geminderter Bevölkerung. Es wird doch nicht möglich sein, dort Fortbildungsschulen für die Deutschen und solche für die Polen, Dänen oder Franzosen einzuführen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kommissar Geheimrer Rath Lübers tritt dem sozialdemokratischen Antrage entgegen.

**Abg. Samula (P):** Die traurigen Ergebnisse einer Fortbildungsschule in Oberschlesien sind nur durch den Mangel der Vorschriften des obligatorischen Besuches und durch den Unterricht in deutscher Sprache zu erklären. Das Zentrum wird mit der Kommission dafür stimmen, daß der Unterricht nicht vor Beendigung des Haupt-Gottesdienstes beginnen darf.

**Abg. Rath Lübers:** Kann die angeführten Ausnahmen nicht als Regel gelten lassen. In den polnischen Landesteilen müsse auch in der Fortbildungsschule deutsch unterrichtet werden, weil die jungen Leute die deutsche Sprache für ihr späteres Leben nicht entbehren könnten.

**Abg. v. Unruhe-Bomst (Rp.):** Es ist dringend wünschenswert, die Zwangsbestimmungen in das Gesetz aufzunehmen, sie aber auf die männlichen Arbeiter zu beschränken. Im Uebrigen empfehle ich die Annahme des Antrages Hartmann.

**Abg. Stöcker (Fp.):** Der Kommissionsantrag wäre mir der Liebste; der Vermittlungsantrag nur dann, wenn er besagen soll, daß während des Gottesdienstes Schule nicht gehalten werden darf. Würde das Reich so beschließen, dann müßten sich die Einzelstaaten nach meiner Meinung einfach fügen. Es handelt sich hier darum: Soll die Kirche oder die Schule am Sonntag den Vorrang haben? Die Schule hat sechs Tage, die Kirche nur einen, lassen Sie der Kirche in einer Zeit, die an Gottlosigkeit zu Grunde zu gehen droht, ihren einen Tag, wenigstens aber die Zeit des Hauptgottesdienstes. (Beifall rechts.)

**Abg. Heine (Soz.):** Hat Jemand von Ihnen eine Fortbildungsschule besucht? Ich habe dort ebensowenig etwas gelernt, wie meine Kollegen. Kein Wunder, wenn man matt und müde ist. Herr Stöcker will in den Fortbildungsschulen die jungen Leute möglichst unter Jucht halten. Man hört ja auch bereits, daß in Schulen der Kampf gegen die „unsterblichen Tendenzen der Sozialdemokratie“ geführt wird. Mit welchem Ertiole wissen Sie, wir haben keinen Sinn für den Sonntag? Wir waren es, die Sie, die christlich-sozialen Partei, dazu gedrängt haben, die Sonntagsschule auf Ihre Fahne zu schreiben. Mit den Innungen wird es schließlich so gehen, wie mit den Kriegervereinen; wir fürchten beide nicht, denn in vielen wird schon jetzt unser Geld gepredigt. Ich will mir vorstellen das häusliche Leben, sondern die unendliche lange Arbeitszeit, welche auch Herr Stöcker nicht abgeschafft wissen will. Herr Stöcker meint, daß das unreligiöse Wissen es dahin bringen werde, das christliche Wissen tot zu machen. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Wissenschaft es soweit bringen wird, die christliche Kirche und deren Lehren tot zu machen. (Lachen rechts.) Wer ist denn daran Schuld, daß unsere Volksschule und Fortbildungsschule so niedrig steht? Wer anders, als diejenigen, welche die christliche Kirche vertreten und die nicht wollen, daß das Volk irgend eine Bildung erhalten soll, will damit die Herrschaft der christlichen Kirche in Gefahr gerät. (Erneutes Lachen rechts.) Unsere Schulen stehen heute auf einem viel niedrigeren Standpunkte als die französischen, schwedischen u. a. Sorgen Sie für eine bessere körperliche Entwicklung der Arbeiter, damit wir etwas weniger krummbenigle Bäder und weniger Schloffer mit runden Rücken haben. Die jetzigen Fortbildungsschulen sind gar nicht dazu angehen, die Kraft der Arbeiter im Kampfe ums Dasein zu stärken. Wir stehen vor der Frage: Ist der jugendliche Arbeiter ein Objekt der Ausbeutung für den Meister, oder ist er ein Träger der Zivilisation? Ist das letztere der Fall, dann werden Sie mit diesem kleinen Mitteln Ihrer Fortbildungsschulen nicht viel ausrichten. Frankreich hat keine obligatorische Fortbildungsschule, dafür hat es aber Prämien eingeführt. In Deutschland haben wir die Prämien nur für die Judenfabrikanten, die Brenner. Für den Arbeiter haben wir nur den Zwang. In Paris und anderen großen französischen Städten wird in Fortbildungsschulen praktischer und theoretischer Unterricht erteilt. Die Schüler zahlen nicht nur kein Schulgeld, sondern sie erhalten teilweise noch eine moralische Unterstützung bis 50 Francs respektive Mittag- oder Abendrot. Für alle möglichen Gewerbe giebt es Fachschulen. Die Schüler können die von ihnen verfertigten Sachen an sich nehmen resp. der Erlös derselben kommt ihnen zu Gute. Ebenso gibt es Fachschulen für Arbeiterinnen. Warum können wir im Kunstgewerbe und in der Mode mit Frankreich nicht konkurrieren? Sieht der deutsche Arbeiter wirklich hinter dem französischen zurück? Gewiß nicht, aber der französische Arbeiter wird als Lehrling nicht so ausgebeutet wie der deutsche. Sorgen Sie dafür, daß auch bei uns solche Einrichtungen getroffen werden, und es wird auch bei uns besser werden.

**Abg. v. Dziembowski (Pomern)** spricht den Dank der polnischen Vertreter für die inhumanen Ausnahmen aus, welche ihr Antrag wegen der Unterrichtssprache im ganzen Hause gefunden hat. Prinzipielle Einwandungen seien gegen den Antrag nicht erhoben worden, nur formelle, deren Tragweite aber nicht ausreiche, die Ablehnung zu motivieren.

**Abg. Dr. erer (Zentr.):** Die Sozialdemokraten meinen es werde nicht mehr lange dauern, dann werde die Wissenschaft die Kirche tödlich schlagen. Die Kirche ist aber doch viel älter, als die Bestrebungen der Sozialdemokraten. Die Behauptung, daß die Sozialdemokratie die arbeitervreundliche und Arbeiterschutz-Gesetzgebung erst angeregt habe, ist tausendfach als ganz unrichtig erwiesen. Das Bildungsniveau der Massen wird künstlich niedrig gehalten, um der Kirche die Herrschaft zu bewahren, sagt

Seine. Wer das von Preußen behauptet, kennt das neue Schulgesetz nicht. (Sehr richtig!) In Bayern und Württemberg wirken die Fortbildungsschulen sehr erfreulich, trotzdem alles das nicht vorhanden ist, was Herr v. Beckers gestern zu meiner Betrübnis als unumgänglich gefordert hat. An dem Mangel sind schon sehr viele zu Grunde gegangen. (Sehr richtig! richtig.) Das Programm derjenigen Landes-Schulverwaltungen trifft das Richtige, welche in der Fortbildungsschule die Kenntnisse der Volksschule befestigen und einen praktischen Unterricht hinzuzufügen wollen. Jedenfalls hat nach der großen Mehrheit der Vertretung des deutschen Volkes im Reichstage die Religion nicht nach der Schule, nicht nach dem Wissen zu kommen. Den Antrag Auer können wir wegen der Bedenken gegen seine Durchführbarkeit nicht annehmen. Der Unterricht innerhalb der Arbeitszeit in der Woche ist einwillig nicht durchzuführen. Mit dem Zwang zum Besuch der Haushaltungs- und Handarbeitsschulen, sowie Fortbildungsschulen für die Mädchen würden wir viel weniger erreichen, als sich auf dem Wege der Freiwilligkeit erreichen läßt. Herr Bebel unternahm sogar, es so darzustellen, daß die Leute, welche die obligatorische Fortbildungsschule für Mädchen nicht wollen, es mit der Heiligkeit der Ehe nicht ganz ernst meinen. Das war die größte Ueberraschung von allen Ueberraschungen, welche uns Herr Bebel beschert hat: Herr Bebel als Vertreter der Heiligkeit der Ehe, Herr Bebel, der Verfasser des Buches „Die Frau“! Ich empfehle die Annahme der Anträge Hartmann und Schädel, welche die Frage für uns befriedigend lösen. (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Abg. Eberitz (fr.): Es wäre sehr zu beklagen, wenn die blühenden Fortbildungsschulen durch Gelegenheitsanträge wie die der Kommission und des Abg. Hartmann geschädigt würden.

Nachdem noch der Abg. Hartmann (fr.) für den Kompromißantrag eingetreten, schließt die Debatte. In der Abstimmung werden die Anträge Hartmann-Schädel wegen des Sonntagsunterrichts und Guilleich und Genossen betreffs die Innungs-, Fach- und Fortbildungsschulen, im Uebrigen die Kommissionsvorschlüsse angenommen. Der Antrag auf Ausdehnung des obligatorischen Schulbesuchs auf jugendliche Arbeiterinnen wird gegen die Sozialdemokraten, Volkspartei, Freisinnigen und Nationalliberalen, der Antrag gegen Zentrum Polen und Sozialdemokraten abgelehnt, desgleichen sämtliche übrigen Amendementen.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. Februar 1891.

**Invaliditäts- und Altersversicherung.** Der „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht nachstehendes Rundschreiben der Ministerien des Innern und für Handel und Gewerbe an sämtliche königlichen Regierungspräsidenten:

Auf Grund des § 112 Abs. 3 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) wird die Höhe der jährlichen Vergütungen, welche die Versicherungsanstalten an Krankenkassen einschließlich der Gemeinde-Krankenversicherung (§ 135 a. a. O.), sonstigen Stellen oder Gebestellen dann zu gewähren haben, wenn denselben durch die Versicherungsanstalt oder durch Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes die Einziehung der Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung, sowie die Einkerbung der den eingezogenen Beiträgen entsprechenden Marken in die Quittungskarten der Versicherten an Stelle der Arbeitgeber übertragen worden ist, bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

- a. soweit es sich um Betriebs- (Fabrik-) und um Bau-Krankenkassen handelt, auf eins vom Hundert,
- b. im übrigen auf drei vom Hundert der eingezogenen Beiträge.

Für die den bezeichneten Stellen etwa gleicherweise übertragene Ausstellung (Umtausch) der Quittungskarten hat das Gesetz den Versicherungsanstalten die Gewährung einer Vergütung nicht auferlegt. Die Festsetzung einer derartigen Vergütung erübrigt sich daher. Es liegt indessen in der Billigkeit, daß den von der Versicherungsanstalt oder durch statutarische Bestimmung von Gemeinden oder weiteren Kommunalverbänden mit diesen Aufgaben betrauten Krankenkassen u. s. w. auch für die hieraus ihnen erwachsende, voraussichtlich nicht unerhebliche Mühewaltung eine angemessene Vergütung aus den Mitteln derjenigen Stelle gewährt wird, durch deren Bestimmung ihnen diese Mühewaltung übertragen wird. Bei der Genehmigung entsprechender statutarischer Bestimmungen wird daher auf die Gewährung derartiger Vergütungen hinzuwirken sein.

Krankenkassen, welche auf Grund des § 114 a. a. O. die Einziehung der Beiträge für die Invaliditäts- und Altersversicherung freiwillig übernehmen haben, wie auch das Reichsversicherungsamt angenommen hat, auf die Gewährung einer Vergütung von der Versicherungsanstalt keinen Anspruch. Dasselbe gilt von Krankenkassen für Reichs- oder Staatsbetriebe, welchen die in Rede stehenden Obliegenheiten durch die den Verwaltungen dieser Betriebe vorgesetzte Dienstbehörde übertragen worden sind (§ 114 a. a. O.).

**Invaliditäts- und Altersversicherung.** Alle diejenigen über 70 Jahre alten Personen, welche einen Antrag auf Gewährung von Altersrente gestellt haben, müssen, wenn sie in ihrer bisherigen versicherungspflichtigen Beschäftigung verbleiben, weiter versichert werden; diese Versicherung bleibt auch dann noch fortbestehen, wenn die Altersrente bewilligt wird und die Auszahlung der Rente erfolgt. Da aber dem Antrage auf Altersrente die Quittungskarte der Betroffenen beizufügen ist, so muß bei dem zuständigen Polizeirevier die Anstellung einer neuen Quittungskarte von den Beteiligten beantragt werden. Die Ausstellung dieser neuen Quittungskarte erfolgt seitens der Polizeireviere gegen Vorlegung einer Bescheinigung über die erfolgte Einreichung der ersten Quittungskarte. Diese Bescheinigungen werden im Bureau der Versicherungsanstalt (Kronprinzenstr.) ausgestellt. Alle diejenigen vorerwähnten Versicherten, welche sich noch nicht im Besitze einer neuen Quittungskarte befinden, werden gut tun, die Ausstellung dieser Bescheinigung baldmöglichst zu beantragen.

Ueber die Kosten der Unfallversicherung im Jahre 1890 werden soeben die ersten Nachrichten bekannt aus dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts. Danach sind bei den Berufsgenossenschaften und bei den sonstigen Ausführungsbehörden für Unfallversicherung im Jahre 1890 200 439 Unfälle zur Anmeldung gelangt, gegen 174 874 im Jahre 1889 und 138 057 im Jahre 1888. Die Zahl der Unfälle, für welche Entschädigungen festgestellt wurden, belief sich 1890 auf 42 206 gegen 21 449 im Jahre 1889 und 21 236 im Jahre 1888. Unter den festgestellten Entschädigungen befanden sich 5922 Fälle, in denen Tod erfolgt war, gegen 5260 pro 1889 und 3692 pro 1888. Eine dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit ergab sich in 2700 Fällen gegen 2900 pro 1889 und 2216 pro 1888.

Die hiernach im Jahre 1890 verausgabten Entschädigungen Renten u. s. w. betragen 13 981 394 Mk. gegen 14 464 303 Mk. im Jahre 1889, 9 681 447 Mk. im Jahre 1888, 5 932 930 Mk. im Jahre 1887 und 1 915 365 Mk. im Jahre 1886. Der Bericht des Reichsversicherungsamts sucht nachzuweisen, daß ein solches Steigen der Entschädigungsbeiträge über die seiner Zeit regierungseitig veröffentlichte Vorausberechnung nicht hinausgeht.

Zur Ausführung des § 20 des Reichsgesetzes, betreffend die Gewerbegerichte, vom 29. Juli 1890, nach welchem die Mitglieder eines Gewerbegerichts auf die Erfüllung der Obliegenheiten des ihnen übertragenen Amtes eidlich zu verpflichten sind, bestimmen die Minister für Handel und Gewerbe und des Innern, laut Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ folgendes:

- I.
  - a. Behufs Vereidigung derjenigen Mitglieder eines Gewerbegerichts, welche den Staatsdienereid abgelegt haben oder als Mitglieder eines Gewerbegerichts bereits vereidigt worden sind, genügt der Hinweis auf den früher geleisteten Eid.
  - b. Die Vereidigung der übrigen Mitglieder eines Gewerbegerichts hat in folgender Weise zu geschehen:

Der mit der Vereidigung beauftragte Beamte oder Vorsitzende des Gewerbegerichts richtet an die zu Vereidigenden die Worte:

„Sie schwören bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, die Pflichten eines Vorsitzenden (Beisitzers) des Gewerbegerichts getreulich zu erfüllen und Ihre Stimme nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben.“

Die zu Vereidigenden leisten alsdann den Eid, indem jeder unter Erheben der rechten Hand die Worte spricht:

„ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“.

Dem Schwörenden bleibt es dabei überlassen, diesen Eidesworten die seinem religiösen Bekenntnisse entsprechende Bekräftigungsformel hinzuzufügen. In der zu Vereidigende Mitglied einer Religionsgesellschaft, welcher das Gesetz den Gebrauch gewisser Beteuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, so wird die Abgabe einer Erklärung unter der Beteuerungsformel dieser Religionsgesellschaft der Eidesleistung gleich geachtet.

Ueber die Vereidigung wird ein Protokoll aufgenommen.

II. Vorstehende Bestimmungen finden auf die Verpflichtung der bei den Gewerbegerichten amtierenden Gerichtsschreiber, welche mit Rücksicht auf den § 24 a. a. O. und im Hinblick auf die Vorschrift des § 9 Abs. 3 des Gesetzes, betreffend die Dienstverhältnisse der Gerichtsschreiber, vom 3. März 1879 ebenfalls zu verteidigen sind, mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß bei der Vereidigung dieser Personen,

welche durch die Vorsitzenden der Gewerbegerichte zu erfolgen hat, in der Eidesformel an die Stelle der Worte „Vorsitzenden (Beisitzers)“ das Wort „Gerichtsschreiber“ tritt und die Worte „und Ihre Stimme nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben“ in Fortfall kommen. (Wir kommen des Näheren darauf zurück.)

**Gewerbekammer.** Donnerstag, den 26. d. Mts., fand im neuen Regierungsgebäude eine Sitzung der Gewerbekammer für den Regierungsbezirk Breslau statt. Zunächst wurde Bericht über die Gewerbegerichte erstattet. Die Gutachten der Landräte sind ganz verschieden ausgefallen, die Kreise Breslau, Glatz, Gubrau, Müllersberg, Münsterberg, Neumarkt, Ohlau, Steinau, Strehlen, Trebnitz, Wohlau haben die Errichtung von Gewerbegerichten ausgesprochen, dafür sprachen sich aus: Gabelschwerdt, Ranslau, Reichenbach, Striegau, Neurode, Nimpfisch, Wartenberg, Waldenburg, Schweidnitz. Der Regierungskommissar bemerkte, daß die Gewerbegerichte zunächst für die Weberdistrikte ins Auge gefaßt werden dürften und daß aus dem Ministerium bereits ein Normalstatut an die königliche Regierung gelangt sei. Es wird eine Resolution angenommen, nach welcher die Errichtung von Gewerbegerichten für bedingt erachtet wird nach den jedesmaligen Verhältnissen. Es wurde noch berathen a) ob der Beschluß des Reichstages, den Befähigungsnachweis des Handwerks betreffend, in Kraft treten solle, b) über Errichtung von Handwerkerkammern. Schlossermeister Geisler führt aus, daß die Lage des Handwerks z. B. eine sehr üble sei und hofft durch Einführung des Befähigungsnachweises Hebung des ganzen Standes. Die Kammer soll die Regierung ersuchen, für die Annahme des Befähigungsnachweises im Bundesrath einzumirken, die Errichtung von Handwerkerkammern hält Referent für durchaus wünschenswert. Die Gewerbekammer beschloß die Regierung zu bitten, für Errichtung von Handwerkerkammern Sorge zu tragen. Nach Besprechung interner Angelegenheiten schloß die Sitzung 1/4 Uhr. (Schl. M. S.)

Bei der hohen Bedeutung, welche für ein jedes städtische Gemeinwesen allen der Gesundheitspflege dienenden Anstalten zukommt, ist es nicht werthlos, auf neue Erscheinungen aufmerksam zu machen, die anderwärts hervortreten. Die Vereinigung Apler Ärzte hat, wie die „Egl. R.“ mitteilt, die Gründung eines Krankenhauses beschlossen, welches Eigentum der Vereinigung und unter Verwaltung derselben bleiben soll. Diese Vorichtsmaßregeln sind in Folge der schon seit einem Jahre dort herrschenden Diphtheritis-epidemie getroffen. Die Kosten sind auf 200 000 Mk. veranschlagt und die Pläne nach ärztlichen Anweisungen bereits ausgearbeitet.

**Begepperrung.** Der Weg von Willowitz nach Alt-Salscha, dem Saroskabache entlang, ist wegen darauf lagernder Eismassen bis auf Weiteres für den öffentlichen Verkehr gesperrt.

**Verbot öffentlicher Lustbarkeiten.** Nach der Ober-Präsidential-Berordnung vom 26. Juli 1892 dürfen von Mittfasten bis zum ersten Osterfeiertage, also in diesem Jahre vom 4. bis 29. März öffentliche Lustbarkeiten nicht stattfinden.

**Für Barbier.** Nach einer Kammergerichtsentcheidung müssen Barbierlokale, in welche man von der Straße aus freien Zutritt hat, während des Gottesdienstes geschlossen gehalten werden, weil dieselben als öffentliche Geschäftsräume betrachtet werden.

**Revisionen.** Die durch die Revier-Vorstände des V. und II. Polizei-Bereichs auf dem Ringe und Neumarkt wiederholt vorgenommenen Buttersrevisionen haben mehrfach zur Notirung und Bestrafung von Händlern des ermittelten Mindergewichts Veranlassung gegeben. — Bei der zu wiederholten Malen vorgenommenen Maß- und Gewichts-Revision war der Erfolg ein ganz zufriedenstellender, da nur in sehr vereinzelten Fällen Notirungen seitens der Polizei stattfinden mußten.

„Breslauer Freie Bühne.“ Montag den 2. März, Abends 8 1/4 Uhr, findet im oberen Saale des Residenz-Theaters eine musikalische und deklamatorische Abendunterhaltung statt. Gäste haben Zutritt.

**Von der Oder-Eisbahn.** Die Abräumung der Uferkanten sowie des Kassenhäuschens von der Oder-Eisbahn ist in Folge des Tauwetters nunmehr erfolgt, da die Bahn zu einer weiteren Fortführung nicht geeignet ist.

**Die Schneemassen in den Vorstädten.** Die Abräumung der Straßen in den Vorstädten von den Schneemassen wird mit allen disponiblen Arbeitskräften bewirkt.

**Unfällefall.** Der 2 1/2 Jahre alte Sohn eines auf der Bohrauerstraße wohnenden Haushälters rannte am 24. d. M. in einen die genannte Straße entlang fahrenden Wagen. Der Fahrer des letzteren, ein Schuhmachermeister aus Kleitendorf, vermachte den Wagen noch anzuhalten, sodas der Knabe nicht über-

fahren wurde, sondern in Folge des Anpralls nur eine Verletzung an der Stirn erlitt. Das Kind wird in der elterlichen Wohnung verpflegt.

Alarmierung der Feuerwehr. Seit Vormittag um 8 Uhr 44 Min. wurde die Feuerwehr nach der Feldstraße Nr. 16 gerufen, wo in einer im zweiten Stock des linken Seitengebäudes befindlichen Gamaschenfabrik ein Regal, verschiedene zugeschnittene Gamaschen und Schuhmacherartikel in Brand geraten waren. Entstanden ist das Feuer in Folge Glühendwerdens eines Ofenrohres durch zu starkes Heizen. Gelöscht wurde der Brand mittelst Löschpistols.

Diebstahl. In dem Hause Neumarkt Nr. 20 bei dem in der 2. Etage wohnenden Apothekenbesitzer Bloch ist ein Diebstahl verübt worden. Bloch, der seit einiger Zeit krank ist und das Bett hütet, lag in dem Schlafzimmer. Gestern Vormittag zwischen 10 und 1/11 Uhr bemerkte ein in dem Hause in Diensten stehendes Mädchen einen großen, schlanken, elegant gekleideten Mann, der einen schwarzen Schnurrbart und eine sogenannte Flieste trug, welcher die Treppe hinaufging und sich nach der Bloch'schen Wohnung wandte. Sie hatte den Mann bereits am Tage zuvor beobachtet. Nach 1/11 Uhr betrat die Schwester des p. Bloch, welche bei ihrem Bruder die Wirtschaft besorgt, das Hinterzimmer, in welchem der Schreibsekretär steht und bemerkte, daß sämtliche Schubladen desselben herausgegeben waren. Bei näherer Nachforschung ergab sich, daß aus diesem Schreibsekretär gegen 1000 Mark gestohlen waren, und zwar eine Rolle mit der Aufschrift „Mollnari“, in welcher sich 150 Mark in Silber befanden, ein Dreizehnermonnaie, englische Fagon, ohne Bügel, in welchem sich 2 Zehnmarkstücke mit dem Bildnis König Otto II. von Bayern und 2 Zwanzigmarkstücke mit dem Bildnis Kaiser Wilhelm I. befanden; ferner 60-70 Mark in verschiedenen Goldmünzen und 600-700 Mark in Silber (neue Zwanzigmarkstücke). Die seitens des Revier-Kommissarius angeordneten Recherchen haben ergeben, daß die 2 Zehnmarkstücke (König Otto II.) gestern im Laufe des Tages von einem wie Anfangs beschriebenen Manne verkauft worden sind. Als der Tat bringend verdächtig wurde ein Kaufmann verhaftet. Der Verdacht gegen diesen Kaufmann, Hanschke mit Namen, hat sich als unbegründet erwiesen. Eine Reihe unglücklicher Zufälligkeiten, besonders der Befehl zweier von dem Diebstahl herrührender Goldstücke, lassen den bedauerlichen Irrtum allerdings leicht begreiflich erscheinen. Nach dem wahren Dieb wird nun eifrig weiter gefahndet.

Betrüger. Ein Schneidermeister, der am 26. da. mit dem um 6 Uhr Abends von Kofel hier eintreffenden Juge ankam, hatte auf der Fahrt die Bekanntschaft eines etwa 24jährigen jungen Mannes gemacht, der sich erbot, ihn nach der Herberge zur Heimat, wo der Schneider übernachten wollte, zu begleiten. Dabei betrat der Unbekannte, welcher vorgab, Paul Walter zu heißen und auf der Moritzstraße zu wohnen, den Schneidermeister, seinen Koffer, da derselbe auf der Herberge nicht sicher sei, bei einer ihm bekannten Bäudlerin einzustellen, während sie selbst das Lobetheater besuchen wollten, wofür er Billets besorgen werde. Während der Vorstellung entfernte sich der angebliche Walter unter irgend einem Vorwande, kehrte indessen nicht zurück, und als der Schneidermeister seinen Koffer abholen wollte, erfuhr er, daß derselbe von seinem neuen Bekannten längst geholt worden sei. Der Schwindler ist mittlerer Statur, barilos und trug einen schon defekten Ueberzieher, dunklen Stoffanzug und schwarze Pelzmütze. Seine Angaben über Name und Wohnung haben sich natürlich als falsch herausgestellt.

Polizeiliche Nachrichten. Gefunden: ein Glaserdiamant; zwei Portemonnaies; eine graue Pferdebedeckung; eine Mark; ein Futterbeutel mit Daser; eine Kasse Siebdrakt; eine Korallenbroche; ein schwarzer Regen schirm; ein Ortskrankenkassenbuch und eine Karte der Invaliditäts- und Alters-Versicherung; ein Paket mit Wäsche.

Abhanden gekommen: einer Lehrerin auf der Breitenstraße eine goldene Damenuhr mit Kette; einem Beamten auf der Grünstraße in einem Laden ein Portemonnaie mit ca. 14 Mk. und verschiedenem Inhalt.

Gestohlen: einem Hausbesitzer auf der Friedrichstraße aus seiner Küche vier im Werte von 4 Mark.

Verhaftet vom 26. bis 27. Februar 36 Personen.

Wegen eines Eittschlüsselverbrechens nach § 176 des Strafgesetzbuches ist am 24. d. Mts. der Kassierer eines hiesigen Abschlagszahlungs-Geschäfts verhaftet worden.

**Breslauer Marktpreise vom 27. Februar pro 100 Kilogr.**

|   | hohe  |        | mittlere |        | gering |        |
|---|-------|--------|----------|--------|--------|--------|
|   | hoch  | niedr. | hoch     | niedr. | hoch   | niedr. |
| Weizen, weicher . . .                                       | 19.70 | 19.50  | 19.10    | 18.60  | 18.10  | 17.60  |
| Weizen, gelber . . .  | 19.60 | 19.40  | 19.10    | 18.60  | 18.10  | 17.60  |
| Ro. aen . . . . .   | 17.50 | 17.20  | 17.00    | 16.80  | 16.30  | 15.80  |
| Gerste . . . . .  | 16.00 | 15.30  | 14.40    | 13.90  | 13.80  | 13.10  |
| Haler . . . . .   | 14.10 | 13.90  | 13.70    | 13.50  | 13.30  | 13.10  |
| Erbsen . . . . .  | 16.90 | 16.30  | 15.80    | 15.30  | 14.80  | 14.30  |
| Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Eier 0.08 - 0.09 - 0.10 Mk. |       |        |          |        |        |        |
| Heu 2.20 - 2.50 Mk. pro 50 Kilogramm.                       |       |        |          |        |        |        |
| Roggenstroh 22.00 - 24.00 Mk. pro 600 Kilogramm.            |       |        |          |        |        |        |

Reichsgerichts-Entscheidungen. Bei einer Entscheidung auf Grund gegenseitiger Einwilligung (§ 716 II, 1 Br. U.G. L. N.) ist das vom Ehemann vorher der Frau - welche irgendwelche vermögensrechtliche Ansprüche gegen ihren Ehemann nicht hat - gegebene Rentenversprechen vom Tage ihres Getrenntlebens an nach einem Urteil des Reichsgerichts, IV. Zivilsenat, vom 1. Dezember 1890 rechtlich unwirksam, wenn das Versprechen erfolgt ist, um die Einwilligung der Frau in die Ehescheidung zu erkaufen. Bildet das Rentenversprechen aber eine Schenkung, ohne jede Gegenverpflichtung der Gattin, so ist es nur dann wirksam, wenn es gerichtlich abgeschlossen worden ist.

Ein durch einen Anderen körperlich Verletzter hat nach einem Urteil des Reichsgerichts, VI. Zivilsenat, vom 22. Dezember 1890 die Vornahme einer zu seiner vollständigen Heilung erforderlichen schmerzhaften Operation, wenn dieselbe nach vernünftigem Ermessen für den Verletzten besondere Gefahren nicht mit sich führt, geschehen zu lassen, widrigenfalls er einen Schadensersatzanspruch wegen der durch die nicht vollständige Heilung verursachten dauernden Verminderung seiner Erwerbstätigkeit gegen den Verlezer geltend machen kann.

Verkauf ein Detailhändler wissentlich Waare aus einer in seinem Laden offen aufgestellten, mit fremder Firma versehenen Standbüchse oder Dose, Schachtel etc., wodurch dem kaufenden Publikum die Waare fälschlich als Fabrikat jener fremden Firma erscheint, so macht sich nach einem Urteil des Reichsgerichts, III. Strafsenat, vom 6. November 1890 der Händler dadurch einer Verletzung des Firmen-schutzes gemäß § 14 des Marken- und Warenzeichengesetzes schuldig. Schöffengerichts-Sitzung vom 23. d. M. Sachsen contra Preußen. Das fast in allen Kreisen eingebürgerte Spielen der königlichen Sächsischen Lotterie hatte heute eine Anzahl Personen auf die Anklagebank geführt.

Alle wurden beschuldigt, in einer außerpreussischen Lotterie, die nicht mit königlicher Genehmigung in Preußen zugelassen ist, gespielt zu haben. Der Schlosser David Funke, ferner allein: a) den Verkauf von Loosen aus dergleichen Lotterie, als Mittelsperson befördert zu haben, b) den Gewinnanteil der mitangeschuldigten Gawlitta von 6.25 Mark sich rechtswidrig zugeeignet zu haben.

Funke und Nowack bestritten, gespielt zu haben, wohingegen alle übrigen sich schuldig bekennen. Funke giebt zu, Loose ohne jeden Vorteil mit dem Originalpreise verkauft zu haben, bestrittet aber entschieden, sich einer Veruntreuung schuldig gemacht zu haben, da es nicht seine Schuld war, daß die Gawlitta den Gewinn von 6.25 Mark abgeholt hatte. Gawlitta sagte aus, daß sie sich nicht darum gekümmert habe, und erst nach der Aufforderung des Hauke das Geld abgeholt habe. Als Zeugen waren geladen der Kriminalkommissarius Feder und der Schutzmann Bischoffshaus. Funke und Nowack wurden wegen Spielens freigesprochen, Funke wegen Verkauf von Loosen zu 15 Mark ev. nt. 3 Tage Haft verurteilt und von der Anschulidigung der Veruntreuung freigesprochen. Die übrigen Angeklagten zu je 3 Mark ev. nt. 1 Tag Haft und Tragung der Kosten verurteilt.

### Schlesien.

Zur Webrust in der Grafschaft Glatz. Pastor Klein in Heinerz veröffentlicht in der „Kösl. Ztg.“ einen Dank für die den Webern der Grafschaft zugewendeten Unterstützungen und giebt dabei noch weitere Mitteilungen über die Verhältnisse in der Grafschaft Glatz. Der einzige Fabrikant, welcher in der dortigen Gegend noch arbeiten läßt und über 1000 Wehnhütle beschäftigt, wolle nun auch nach seine Aufträge einstellen, zum Teil bewogen durch die verbreiteten Gerüchte, daß die Fabrikanten an den Elend der Weber Schuld seien, was nach Ansicht des Pastors Klein natürlich nicht der Fall ist. Ueber das Ergebnis der Tätigkeit der vier auf Veranlassung der Regierung eingesetzten Kommissionen teilt derselben mit, daß 2 Kommissionen ein-

stimmig erklären, es liege ein Notstand vor, der sofortige Hilfe verlange; die einstimmigen Beschlüsse der beiden anderen Kommissionen lassen sich ungefähr dahin zusammenfassen, daß in Folge eines strengen Winters, teilweisen Arbeitsmangels, hoher Lebensmittelpreise, gesunkener Löhne (in letzter Zeit um 20 Prozent) hoher Abzüge die seit längerer Zeit bestehende dauernde Hilfsbedürftigkeit der Weber noch größer geworden ist und daß die Aussichten für die Zukunft trotzlos seien. Zur Linderung der augenblicklichen Not beschlossen zwei Kommissionen einstimmig Mahungemittel und Kohlenverteilung. Die dritte Kommission (Müders), in deren Gebiete die wirtschaftlichen Verhältnisse am günstigsten liegen, erklärte (wiederum einstimmig), daß ihr nichts mehr zu tun übrig bleibe, da die Privatwohlthätigkeit schon genügende Fürsorge getroffen habe. Die vierte Kommission ist noch zu keinem endgiltigen Entschlusse gekommen. (Unterbrissen hungerter Weber, was schadet?) Betreffs der Mittel zur Hebung der dauernden Not wurden mancherlei Vorschläge in den Kommissionsitzungen laut und hier und dort auch überall zum Beschlusse erhoben. Als die wichtigsten, die die meisten Zustimmung fanden, hebt er folgende hervor: a. Die königliche Regierung wolle die Bahnstrecke Müders-Heinerz-Lewin-Nachod sofort in Angriff nehmen (und zwar als Notstandsbahn) und dieselbe möglichst noch in dieser Session dem Abgeordnetenhaus empfehlen. b. Die königliche Regierung wolle den Ausbau des Wegeneßes im Oberkreise Glatz beschleunigen. c. Die königliche Regierung wolle, Mittel flüssig machen, aus denen den armen Besitzern der hiesigen Gegend Hypotheken zu billigem Zins (inkl. Amortisation) getilgt werden können. d. Die königliche Regierung wolle den Webern die Ansiedelung in Posen und Westpreußen erleichtern. e. Die königliche Regierung wolle den Webern die Vorteile der sozialen Gesetzgebung zu Gute kommen lassen. f. Dringend wünschenswert ist es, daß Prämien ausgelegt werden für Weber, die zu einem anderen Beruf übergehen; für Weber, die ihre Kinder einem anderen Beruf zuführen; für Weber, die die Jacquardweber lehren, erlernen, oder sich einen Jacquardstuhl kaufen.

Bunzlau. Hier fand eine öffentliche Versammlung im „Wintergarten“ statt, in welcher Schneidermeister Kühn das Mejerat übernommen hatte. „Die soziale Bewegung der Gegenwart“ stand auf der Tagesordnung. Beinahe wäre es uns Bunzlauern ergangen, wie den Genossen in anderen Orten, denn die Saalabtreiberei steht bei uns auch in bester Blüte. Da uns der „Kronensaal“, in welchem wir bis jetzt unsere Versammlungen abhielten, vom Wirt verweigert wurde, so begaben wir uns nach einem anderen Lokal auf die Suche, und es glückte uns, unser altes Lokal wieder zu erhalten, in welchem wir unsere Wahlagitation betreiben hatten. Der Saal hatte sich auch vor Eröffnung der Versammlung dicht gefüllt. Nach Eröffnung der Versammlung ermahnte der Vorsitzende, Genosse Starke, die Anwesenden zur größten Ruhe, damit dem überwachenden Beamten keine Gelegenheit zur Auflösung der Versammlung gegeben werde. Hierauf ergriff Gen. St. Kühn das Wort. Zum ersten Male, seit die sozialistische Bewegung hier im Gange ist, waren Gagner in der Versammlung anwesend, u. A. der hiesige Stadtblatt-Redakteur. Derselbe meldete sich in der Diskussion sofort zum Worte, da ein Artikel des „Bunzl. Stadtbl.“ vom 25. Januar, betitelt: „Kampf bis auf Messer“, vom Genossen Kühn kritisiert worden war. Die Anwesenden glaubten nun eine recht schneidige Erwiderung zu hören, weit entfernt, mit ein paar phrasenhaften Worten flücht. Die freisinnige Partei heraus, welche sich sehr wert gemacht haben soll um das Arbeiterwohl, wie sie das auch jetzt bei Beratung des Arbeiterschutzes beweise. Um den Schafmann des Redakteur L. noch näher zu beleuchten, sei noch erwähnt, daß sich nach diesem so lehrreichen Vortrage Herr L. die Frage an Kühn erlaubte: „Wie es im sozialdemokratischen Zukunftsstaate aussehen würde.“ Kühn schickte natürlich den Fragesteller ordentlich nach Hause, indem er sagte, daß kein Mensch wissen könnte, wie es in zukünftiger Zeit aussehen würde. In seinem Stadtblattberichte wipelt L. natürlich in seiner bekannten Weise, und aus jeder Zeile sehr schöne Freude sehen, daß er es wieder einmal sehr schön gemacht habe. — Auch der hier erscheinende „Schl. Courier“ kann es nicht unterlassen, zu betonen, daß Kühn eine an Kraftstellen überaus reiche, mit bekannten Schlagwörtern und sonderbaren Fremdwörtern gepackte Rede gehalten hätte. Wir können nur bezeugen, daß dieses Urteil ein unzutreffendes ist. Die Bunzlauer Genossen bitten wir, nur die gefaßten Resolutionen einzubringen und für die „Volkswacht“ mit sie zum 1. April in mehreren Hunderten von Exemplaren gelesen werden, die Blätter, welche unsere

Arbeiterfrage stets zu unserem Besten energisch vertreten haben und seiner vertreten werden.

Matibor. Hier wird eine katholische Broschüre, betitelt: „Die katholische Landbevölkerung und der sozialdemokratische Zukunftsstaat“, verbreitet. Im Vorwort erzählt der Verfasser, ein „Missionar“, daß er in einem Krankenhause einen echten Sozialdemokraten, welcher bei einem Unfalle sich stark verbrüht hatte, kennen gelernt habe. Er (der Verfasser) habe ihm die Sakramente reichen wollen, was aber der Kranke mit den Worten zurückwies: „Es geht ohne deren auch.“ Dann habe er mit dem Kranken beten wollen; derselbe habe aber seine verbrühten Hände ihm entgegen gehalten mit den Worten: „Sehen Sie hier einen gedrückten Mann, einen gedrückten Arbeiter, den das Kapital, der Maschinenbetrieb des Kapitalisten ins Elend gebracht hat; wenn Sie aber beten wollen, so werde ich Sie nicht hören, ich achte jede Ueberzeugung.“ Er lobte daher den kranken Sozialdemokraten wegen seiner Offenheit. Dieses hält aber den Verfasser nicht ab, den alten abgeschmackten Kahl von Religionlosigkeit, freier Liebe, Zerstörung der Familie und Religion, sowie die Aufhebung des Privateigentums „bis auf den letzten Rock“ in der Broschüre herunterzuleiern. Nur eins ist darin neu! Während man bis jetzt von der Kanzel und in gegnerischen Versammlungen den Gläubigen vorlog: „Die Sozialdemokraten wollen die auf den letzten Pfennig mit den Reichen und Besigenden teilen“, scheinen sie doch jetzt einzusehen, daß es die Dummsten von den Dummen ihnen nicht glauben. In der Broschüre wird daher dem Leser einigermaßen das einzige Richtige gesagt, daß im sozialistischen Zukunftsstaate alles Privateigentum in gesellschaftliches Eigentum übergehen werde, der aber ein großer Kasernenstaat sein werde.

Nach den vielen Vorkäufungen und närrisch-kritischen Bemerkungen über diesen „Kasernenstaat“, in welchen nur Diebe, Räuber und Mörder haufen werden, fragt er: Sind die Sozialdemokraten gute Menschen?; er beantwortet die Frage selber und fährt dann fort: „Nach dem Obigen ist genugsam ersichtlich, daß die Sozialdemokraten nichts weniger als brave Familienväter, fleißige Arbeiter sind. Nicht wenige der echten Sozialdemokraten lassen Frau und Kinder am Hungertuche nagen, während sie den schwer verdienten Lohn größtenteils verkränken, für Tanzkarten und Lüderlichkeit ausgeben. Unterdessen erwarten Mutter und Kinder mit Bangigkeit den Augenblick, wo der Vater heimkommt und sich wie ein brüllender Löwe benimmt.“

Wahrlich! nur die Bosheit und der Haß kann solche Lügen verbreiten. Wir können dreist diese Nachfolger Christi fragen: Wo habt ihr die Beweise gegen diese unflätigen Behauptungen, die euch der Haß gegen uns diktiert?

Sind etwa die vielen Melneidige, Sittlichkeitsverbrecher, Diebe und Mörder, mit denen das fromme Oberschlesien statistisch obenan steht, etwa Sozialdemokraten, oder bekennen sich alle die Trunkenbolde, die sich mit dem Gebetbuche in der Tasche im Kinnstein wälzen, zu unserer Partei? oder sind die halbnackten und verhunzten Kinder, die man in großer Zahl täglich sieht, Kinder der Sozialdemokraten? Beweisen Sie uns, hier in Matibor ein einziger bekannter Sozialdemokrat Armenunterstützung bezogen hat, indem er nicht arbeitet, in Folge dessen seine Familie hungern muß! Mit nichten Ihr Herren von der christlichen Liebe! Alle die vorhin genannten Verbrecher und Lasterer hängen an Euren Rockschößen und Ihr könnt schüteln soviel Ihr wollt, Ihr schüttelt dieselben nicht ab! Es sind dieses die Früchte des heutigen privatkapitalistischen Eigentums, welches Ihr segnet und verteidigt und es als eine göttliche Institution preist, an der die arme geknechtete Menschheit nicht rütteln soll! Das Evangelium sagt: „Mit dem Maße, womit Ihr meset, soll Euch wieder gemessen werden.“ Wir werden dieses aber nicht thun und Euch mit Lüge und Verleumdung antworten. Nein! Wir werden aber den modernen Pharisäern die Maske herunterreißen, gleichviel, ob jemand dahinter sich im Arbeitsittel, Frack oder Priesterrock verbirgt; wir werden mit Thatfachen beweisen, wie gerade die frommen, christlichen Ausbeuter nicht vor der schamlosesten Kinderausbeutung zurückschrecken und dieselbe am meisten betreiben; wir werden Euch zeigen, wie nur allein der nackte Egoismus die Triebfeder Eures Tun und Handelns ist, welches Ihr mit dem Mantel der christlichen Liebe zudeckt. Wir halten Wort: wir versprechen nicht mehr, was wir nicht halten können!

Brieg. Capitalistische Ausbeutung. In der hiesigen Töpferfabrik von Fuchs werden ca. 9 Gesellen, 20-30 Lebrilge mit 11 1/2 stündiger Arbeitszeit incl. 1/2 Stunde Frühstück und 1 Stunde Mittagspause be-

schäftigt. Von Vesperzeit ist keine Ruhe. Wöchentlich wird zweimal gebrannt, doch kommt es häufig vor, daß es auch Sonntags zum dritten Male geschieht. Bei dieser sonntäglichen Arbeit werden zwei Lehrlinge die ganze Nacht hindurch beschäftigt. Ohne eine Entschädigung dafür zu erhalten, müssen diese sogar wieder am anderen Tage ihre wöchentliche Arbeit aufnehmen, sodaß sie circa sechsunddreißig Stunden hintereinander arbeiten. Falls sich die Lehrlinge weigern, werden sie sofort entlassen. Der Wochenlohn für diese kaum der Schule entwachsenen, im Alter von 14 bis 16 Jahren stehenden, sehr schwächlichen Lehrlinge — die eine 4-6 wöchentliche, unentgeltliche Probezeit durchmachen müssen — beträgt für das erste Jahr 3 Mk.; im vierten Jahre erhalten sie 5.40 Mk. Derartige Fabriken, welche 1/2 Gesellen, 3/4 Lehrlinge als Arbeiter beschäftigen, giebt es hier noch mehrere.

Aus Oberschlesien wird geschrieben: Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich unter der Herrschaft der Viehzölle und des Vieheinfuhrverbots der Konsum an Pferdefleisch außerordentlich gehoben hat. Einen neuen Beweis dafür erbringt das Schlachthaus zu Neustadt O.-S. Dasselbe, erst seit dem 1. Juli 1886 in Betrieb, erweist sich bezüglich der Schlachtkammern für Pferde als viel zu klein. Bei der Anlage glaubte man nicht an Vieheinfuhrverbote und in Folge dessen auch nicht an so großen Fleischkonsum. Im Jahre 1890 wurden dort 833 Pferde geschlachtet, mehr als Ochsen und Stiere zusammen. Durch eine Beschwerde der sich in der Ausübung ihres Gewerbes beschränkt fühlenden Fleischhändler hat der Oppelner Regierungspräsident die städtischen Behörden zu Neustadt angewiesen, geeignete Räume zur Abschachtung von Pferden zu schaffen. Die Behörden sehen sich deshalb jetzt genötigt, entweder eine neue 4700 Mk. beanspruchende Pferdeschlachthalle zu errichten oder aber den Fleischhändlern aus Ziegenhals, welche das Neustädter Schlachthaus mit benutzen, diese Mißbenutzung fortan zu untersagen.

Die öffentliche Vergarbeitsversammlung, welche am vergangenen Sonntag in Altwasser abgehalten wurde, war, nach dem „Geb.-Kur.“ sehr zahlreich besucht. Bergmann Herrmann, welcher die Versammlung einberufen hatte, eröffnete dieselbe. In den Vorstand wurden die Bergleute Herrmann, Reichelt, Franz und Feist gewählt. Auf der Tagesordnung stand zuerst die Berichterstattung über den Bochumer Delegiertentag. Sodann wurde zur Wahl von Bevollmächtigung für den „Deutschen Bergarbeiterverband“ geschritten und als solche die Bergleute Reichelt, Herrmann und Franz gewählt.

Beim Streik wird auch Oberschlesien bei der Gesamtheit stehen.

Ungehorsame Landwehrlente (?). Mittwoch wurden in Deuthen zehn Mann von den zur Uebung einberufenen Mannschaften, teils wegen Trunkenheit, teils wegen Gehorsamsverweigerung verhaftet. Ein Hüttenarbeiter aus Vobrel, der ebenfalls wegen Gehorsamsverweigerung verhaftet und von zwei Soldaten ins Gefängnis transportiert wurde, widersetzte sich und wollte nicht weiter gehen. Er hackte mit den Füßen nach den ihn führenden Soldaten und schlug einen derselben mit einer in einem Taschentuche eingewickelten Flasche nach dem Gesicht. Erst mehreren von der Hauptwache hinzugerufenen Soldaten gelang es, den Wüterich in das Gefängnis zu schaffen.

Posen, 23. Februar 1891. Mit dem Fallen des Sozialistengesetzes begannen auch die Posener Sozialdemokraten die Propaganda öffentlich zu entfalten, welche denn auch zu der Gründung eines sozialistischen Arbeitervereins „Gleichheit“ führte. Jedoch liegt dieses Streben nach Anerkennung unserer Macht der hier dominierenden Polenpartei schwer im Magen. Die Stütze oder eigentlich die Seele dieser Partei, die Geistlichkeit, läßt es denn auch an Eifer nicht fehlen; dieser ist aber zum Teil so lächerlich, daß ein näheres Eingehen auf die Dummheiten der Pfaffen und die derselben Gefolgschaft leistenden Priester völlig wertlos ist. Wir lassen das bleichen Salbadern uns schon gefallen, wenn nicht auch noch die hohe und allgerichte Polizei mit ihren Wackinationen unseren noch so jungen Verein zu unterdrücken suchte. Da es schon an und für sich schwer ist, hier ein Lokal für den Verein „Gleichheit“ zu bekommen, mußten wir unsere Versammlungen in einem Lokale außerhalb der Stadt abhalten. Doch das dauerte nicht lange, so erhielt der betreffende Wirt Militärverbot, und das bedeutete für den Verein: Die Aufgabe des Lokals. Der Vorstand erhielt nun von einem Lokalwirt innerhalb der Stadt die Zulage, die Vereinsversammlungen dort abhalten zu können. Darauf erschien bei dem Wirt ein Kommissar, welcher erklärte, daß der betreffende Wirt uns das Lokal nicht geben dürfe, da das doch ein sozialistischer Verein sei. Der Wirt jedoch war der

Abhaltung nicht entgegen. Dieselbe fand somit am Dienstag, den 17. Februar, statt. Die Beteiligung war eine entsprechend gute. Als erster Punkt der Tagesordnung war eine Vorlesung und Diskussion über „Gesellschaftliches und Privat-Eigentum“ angesetzt, an welcher sich verschiedene Genossen, welche die Grundsätze der Partei auseinandersetzen, beteiligten. Bei „Verschiedenes“ wurde die Gründung von Debattirklubben angeregt; es kam aber zu keinem definitiven Resultat. Der Vorschlag, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen: „Karl Marx und seine Bedeutung für die Sozialdemokratie“, fand Annahme. Außerdem wurde den Mitgliedern bekannt gegeben, daß die Firma Lehmann, Breslauerstraße 19, mit Kontrollmarken verleierte Hüte führe, und Jedem zur Pflicht gemacht, seinen Bedarf von dieser Firma zu entnehmen. Es wird nun wol Niemandem, auch unseren Gegnern, nicht eingefallen sein, die Mitglieder dieses Vereins für arbeitsscheue Subjekte gehalten zu haben; und doch erschien einige Tage später wieder derselbe Kommissar und erklärte dem Wirt: wenn er das Lokal noch seiner dem genannten Verein zur Verfügung stelle, so würde das Lokal für alle Zeiten um 10 Uhr geschlossen werden müssen. Es verkehren dort noch mehrere Fachvereine, doch meinte der ehrenwerte Kommissar, diese Vereine könne der Wirt gerne behalten, denn die Leute, die in diesen Vereinen sind, wollen doch wenigstens arbeiten, und man könne es ihnen ja nicht so sehr verdenken, wenn sie mehr Löhne haben wollen. Ist es nicht eigentlich ungeheuerlich, zum wenigsten doch unmoralisch, einen Verein, der nicht einen Fingerbreit aus dem Rahmen des Gesetzes tritt, auf diese Weise drangsaliert zu wollen? Ob dieser Herr Kommissarius offiziell gehandelt hat, oder ob er sich den Ruhm eines Sozialistenfressers erwerben will, ist uns noch unbekannt; wir werden es jedoch durch eine Beschwerde an die zuständige Behörde erfahren. Doch das sei der hohen Polizei und allen, die sie in dieser Weise unterstützen, gesagt, austrotten oder mundtot machen werden sie uns auf keinen Fall; mögen sie noch so raffinierte Schliche anwenden, solange wir vom Wege des Gesetzes nicht abweichen, haben wir das Urteil aller vorurteilsfreien Leute auf unserer Seite; wir überlassen es ruhig der Polizei oder ihren einzelnen Organen, sich den ihnen gebührenden Respekt zu verschaffen, denn wir wissen, die Sozialdemokratie wird nie und nimmer zu kurz kommen!

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 26. Februar.

- Eheschließungen II. Buchdrucker Max Hahn, evang., mit Anna Hoffmann, ev., hier. — Schuhmacher Paul Scher, ev., mit Bertha Wittau, ev., hier. — Schönleinfeger Otto Basilla, kath., mit Emilie Klose, ev., hier. — Handelsmann Salo Epstein, mos., mit Sophie Hoffmann, mos., hier. — Haushalter Wilhelm Heffmann, ev., mit Susanne Brockl, evang., hier. Geburten I. Kaufmann Wilhelm Thormählen, evang., I. — Viktualienhändler Josef Wiener, kath., I. — Bahnarbeiter Julius Fischer, ev., I. — Ausschänker Hermann Maize, kath., I. — Arbeiter Paul Valentin, ev., I. — Hotelbesitzer Max Kodel, kath., S. — Handelsmann Jakob Vagoesky, jüdisch, I. — II. Schlosser August Tollenberg, kath., S. — Postbrückenwärter Gustav Hendtke, ev., S. — Arbeiter Ernst Ducl, kath., I. — Kaufmann Salomon Brandt, jüdisch, I. — Arbeiter Ernst Scholz, kath., S. — Hilfsbremser August Märck, ev., S. — Uhrmacher Paul Schottliffel, kath., I. — Schaffner Friedrich Neumann, ev., S. — Hilfsweibschneider Hermann Dietrich, ev., I. — Utensiliengraph Gustav Klose, ev., I. — Rappierer Wilhelm Schneider, evang., I. — Fleischer Fritz Paigel, ev., S. — Maurer August Günther, kath., S. — III. Schuhmachermeister Franz Krause, kath., I. — Maurer Anton Heintzel, kath., I. — Köntzlicher Regierungs-Baumeister Adolf Andorge, kath., S. — Tischler Emil Swatte, kath., S. — Arbeiter Heinrich Perde, kath., S. — Arbeiter Ernst Eltörne, evang., S. — Postschaffner Hermann Pi. velt, ev., S. — Druckschreiber Commer, ev., S. — Weisfuhrer Paul Landau, ev., S. — Arbeiter Gustav Bauer, ev., I. Todesfälle I. Louise Hellmann, ohne Beruf, 22 J. — Albert, S. des Arbeiters Franz Szubynski, 4 Tage. — Maurer August Erter, 48 J. — Berwittwee Kellner Helene Dittlowsky, geb. Pfeiff, 66 J. — Arbeiter Otto Karwe, 72 J. — Diener Hermann Schmidt, 40 J. — Agnes, I. des Schmiedes Gamas Gudarby, 18 J. — Berw. Arbeiter Auguste Pusse, geb. Hausdorf, 37 J. — Kaufmännin Robert Seiler, 86 J. — II. Fuuro, S. des Feldwebels Max Blato, 8 Tage. — Elisabeth, I. des Wälles Konstantin Bamaischel, 16 Tage. — Auswärtiger Franz Dreßler, 73 J. — Metzger, S. des Rutschers Eduard Hoffmann, 4 W. — Kinderpflegerin Anna Holt, 22 J. — Berw. Kreisgerichts-Kath Emilie Binzel, geb. Berger, 70 J. — Tischlerfrau Rosina Seidel, geb. Harnel, 79 J. — Ewald, S. des Tischlers Paul Saft, 4 Monate.

Briefkasten.

H. H. Bitte Nachricht von L. über Berlin. Wie sieht es sonst? Gruß! Bitte. Zur Förderung der „Volkswacht“ sind eingegangen: S. durch B. 2,50 Mk. — P. durch B. 2 Mark. Sprechzeit der Redaktion: täglich von 12 bis 2 Uhr, Wuhlfurter 1, III.

**Central Kranken- und Sterbe-Kasse der Metallarbeiter**  
 (E. S. 89 „Vulkan“) Hamburg.  
**Sonntag, den 1. März, Nachmittags 3 1/2 Uhr:**  
 Nicolaitstr. 27 (vorm. Wiesner)

**Freie Religionsgemeinde.**  
 Sonntag, den 1. März,  
 früh 9 1/2 Uhr:  
**Erbaunung,**  
 Pred.: Lohrn.  
 Eine noch gut erhaltene  
**Mähmaschine**  
 ist billig zu verkaufen.  
 Hleischer, Ring 7, (Seltenhaus)

**Todes-Anzeige.**  
 Am 27. dieses Monats verschied nach langem schweren  
 Leiden unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Braut  
**Ida Alter**  
 im blühenden Alter von 24 Jahren.  
 Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 4 Uhr  
 vom Trauerhause Berliner Chaussee 50 nach dem Friedhof in  
 Pöpelwitz statt.  
 Um stille Theilnahme bittet  
**Genosse Mose.**

**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 Delegirten-Vorschlagswahl zur nächsten General-Versammlung.  
 Die Herren Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich  
 zu erscheinen. Legitimation: Mitgliedsbuch. — Die Mitglieder der  
 Kasse (E. S. 29) Hamburg, haben keinen Zutritt.  
**Der Vorstand.**

**Ohlau.**  
 Sonntag, den 1. März, ev. Nachm. 3 Uhr  
 öffentliche

**Achtung!**

An die Parteigenossen der Nicolaivorstadt und Mit-  
 glieder des  
**Les- und Diskutir-Club „Freiheit“**  
 ergeht hiermit die Aufforderung, sich bei der Hausagita-  
 tion für unsere Presse zahlreich und mit allem Eifer zu  
 betheiligen, es ist dies eines jeden Genossen Pflicht und  
 von allen zielbewußten Arbeitern zu verlangen, dieses  
 kleine Opfer zu bringen, um unsere Presse lebensfähig zu  
 gestalten, darum

**Volksversammlung**  
 für Frauen und Männer  
 im Gasthof zur „goldnen Krone“  
 Tages-Ordnung:  
 1. Sozialismus und seine wissen-  
 schaftlichen Grundlagen. — 2. Dis-  
 kussion. — 3. Verschiedenes.  
 Referent: Herr Stolp aus Grünberg.  
**Entrée 10 Pf.**  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Der Clubvorstand.**

**Alle Mann auf Deck!**  
 Die Genossen werden ersucht, Sonntag früh punkt  
 8 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Schubert, Striegauer-  
 platz 11 zu erscheinen, für die nötige Munition ist gesorgt.  
**Der Vorstand.**

**Ohlau.**  
 Die Mitglieder des Arbeiter-  
 Vereins werden ersucht, zu der am  
**Montag, den 2. März**  
 stattfindenden

Da es hauptsächlich politische Gegner sich zur Aufgabe gemacht  
 haben, mich mit allen möglichen Beschuldigungen zu belasten, und es trotz  
 meiner angestrengtesten Bemühungen nicht möglich war, tragend weiche  
 Personen gerichlich anfassend zu können, da nie eine bestimmte Aussage  
 gemacht wurde, sondern nur immer eine Verdächtigung gewissermaßen vom  
 „hören sagen“ ausgesprochen wurde, und diese falschen Gerichte geäußert  
 sind, meine Ehre und Achtung bei meinen Genossen zu verkürzen, mache  
 ich hierdurch auf die unterm 23. Februar erfolgte Gerichts Verhandlung  
 aufmerksam, mit dem Gesuchen, etwaige weitere Verdächtigungen gegen  
 mich mir gefälligst unterbreiten zu wollen, daß ich jeden, ohne Rücksicht,  
 zur Verantwortung ziehen kann.  
**Oskar Hanke.**

**Die Gannauer Genossen**  
 welche gewillt sind, einem  
**Les- und Discutir-Club**  
 beizutreten, werden ersucht, Montags den 2. März d. J. abends  
 8 Uhr bei Herrn Opitz, Gastwirth zu den „Drei Bergen“ zu er-  
 scheinen, zwecks Gründung des Vereins.

**Fastnacht**  
 im Gasthof zur „Stadt Oels“  
 recht zahlreich Theil zu nehmen,  
 da der Besitzer seinen Saal jeder-  
 zeit den Arbeitern zu Versamm-  
 lungen unentgeltlich zur Verfügung  
 stellt.

**Les- und Diskutir-Club**  
**Solidarität.**  
 Es ergeht hiermit die Aufforderung an die Mitglieder und  
 Freunde des Vereins „Solidarität“ sich zahlreich an der Agitation  
 für die „Schlesische Volkswacht“ zu betheiligen, und sich zu  
 diesem Zweck Sonntag, früh um 8 Uhr zahlreich im Vereins-  
 Lokal einzufinden.  
**Der Vorstand.**

**Außerordentliche Generalversammlung**  
 des  
**Fachvereines der Schlosser, Maschinenbauer und ver-  
 wandte Berufsgenossen**  
 Sonntag, den 1. März, Mittags 12 Uhr  
 im Salon Ballenstädt, Schweitzerstrasse 23.  
**Tagesordnung:**  
 Berichterstattung der Neuner Kommission, betreffend Unterstützung  
 Arbeitsloser u.  
 Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen  
 aller Mitglieder notwendig.  
**Der Vorstand.**

**Gelegenshritzkau!**  
 Große  
 Goldene Damen-  
 Schlüssel Uhren,  
 15 Mark an,  
 Goldene Damen-  
 Revolver Uhren,  
 24 Mark an,  
 Alte silberne  
 Schlüssel-Uhren  
 6 Mark an,  
 Schlegel-Regulator,  
 18 Mark an,  
 Uhr-Regulator,  
 15 Mark,  
 Preis-Wecker 5 Mk.  
 ferne alle Arten

**Geschäfts-Eröffnung!**  
 Ich beehre mich anzukündigen, daß ich am 2. März d. J. in  
**Breslau**  
 Carlstraße 27, „zur Festschule“, Hofgebäude  
 ein Zweig-Geschäft meiner Kohltabak Handlung  
 für die Provinz Schlesien errichtet habe. Ich halte dafelbst in reicher  
 Auswahl ein Einzel-Verkaufs-Lager aller Sorten Cigarren-Tabake  
 und empfehle mein Unternehmen, aufmerksamste Bedienung und billigste  
 Preisstellung zusichernd, recht häufiger Benutzung.  
**August Heyne**  
 Kohltabak-Handlung  
 Leipzig — Berlin — Chemnitz.

**Les- und Discutir-Club**  
**„Ferd. Lassalle.“**  
 Die Mitglieder und Freunde werden ersucht, Sonntag Morgen  
 7 1/2 Uhr im Vereinslokale vollständig zu erscheinen. Es  
 gilt eine umfassende Agitation für die „Schlesische Volkswacht“ zu  
 entfalten. — Flugblätter sind im Vereinslokal in Empfang zu nehmen.  
**Der Vorstand.**

**Wand-Uhren**  
 empfehle zu billigen Preisen unter  
 2jähr. 100% Garantie.  
 Jedes Lager von  
 Gold- und Silber-Sachen,  
 Ringen, Medaillen, Garnituren,  
 Krone, goldene Ohrgehänge  
 von 6 Mk. an u. s. w.  
 Auch werden alte Uhren, Gold-  
 und Silberarbeiten gekauft und  
 selbige mit in Zahlung genommen.  
 Wiederverkäufer hohen Rabatt.  
**Josef Klein,**  
 Kupferstrichbstr. 37 u. 18.

**Herrmann Scholz,**  
 Schuhmachermeister,  
 Breslau, Altbücher-Ohle 15.  
 Lager fertiger  
**Schuhwaren**  
 für Herren, Damen und Kinder.  
 Anfertigung rationaler und moderner Fuß-  
 bekleidung nach Maß.  
**Reparaturen prompt u. billig.**

**Allgemeiner Arbeiter-Verein, Altwasser.**  
 Sonntag den 8. März, Nachmittags 3 Uhr:  
**Große öffentliche Versammlung**  
 im Gasthof zum „Kaiser“ bei Herrn Schmidt.  
 Tages-Ordnung:  
 Die moderne Arbeiterbewegung.  
 Referent wird noch benannt gegeben. — Gäste haben Zutritt  
**Entrée 10 Pf.**

**Hochfeine**  
**Cigarren,**  
 3 St. 10 Pf., 100 St. 3 Mk.  
 empf. ist  
**Louis Schröter**  
 Friedrichstr. 64,  
 vis-à-vis der Zimmerstr.

**R. Glemnitz, Schuhmachermeister.**  
 hat sich  
**Schmiedebrücke 47**  
 etablirt und empfiehlt sein Lager selbstgefertigter  
**Schuhe und Stiefeln**  
 zu billigsten Preisen. Bestellungen nach  
 Maß, sowie Reparaturen in kurzer  
 Zeit in eigener Werkstatt.

**Glas- und Porzellan-Handlung,**  
 eigene Malerei  
 empfiehlt Thür- und Grabständer billigst, fein decor. Kaffeelervice  
 von 3,50 Mk. an, Liqueur-, Bier-, Wasch- und Tafelservice, sowie  
 Gefäßtheile. Wassergläser 8 Stk. 5 Pf. Lager in weißem Porzellan.  
 Auswahl von Gelegenheitsgegenständen u. Restaurationsartikeln.  
**Schmidt, Elisabethstrasse 3, am Ring.**

**Gustav Nowak**  
 Friedrich-Wilhelm-Strasse 76  
 Ecke Königslas 2. Stockwerk,  
 empfiehlt sein großes Lager in Thür- u.  
 mit Central-Parle, Regen- u. runde  
 Böden für Herren, Knaben u. Kinder.  
 Fußschuhe, Socken, Kassen,  
 Trägere, Herrenmäntel u.

**Max Schindler,**  
 Tapetier und Decorateur,  
 Breslau, Kirchstrasse No. 22, 1. und 2. Etage  
 empfiehlt sein großes Lager Möbel, Spiegel, und selbstgefertigter  
 Polsterwaren, Möbelstoffe, Portièren, Teppiche, Tischdecken,  
 Decorations-Artikel u. s. m.  
 Uebernehme completer Ausstattungen und Wohnungs-Einrichtungen zu  
 allen Preisen unter Garantie geachteter solider Ausführung.